Mittag=Ausgabe

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 125.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 19. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Vom Landtage.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 18. Februar. 11 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Leonhardt, Friedenthal, Geh. Ober-Finanzräthe Hoffmann, Rhode, Bitter, Schomer u. A.

Die Kommissionen zur Vorberathung der Wegeordnung und des Gesetzentwurfs über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst sind gewählt und haben sich konstituirt. Den Vorstand der Wegeordnungskommission bilden die Abgg. Braun [Waldenburg] (Vorsitzender), Mühlenbeck (Stellvertreter), Beseites und Frhr. v. Wendt (Schriftführer), den der Kommission für den Gesetzentwurf über den höheren Verwaltungsdienst die Abgg. v. Bonin, Wulfshein, Belian und Hansen. — In die Budgetkommission ist an die Stelle des ausgeschiedenen Abg. Thiedemann der Abg. v. Kardoff gewählt worden.

Das Haus setzt hierauf die Berathung des Etats der direkten und indirekten Steuern weiter fort.

Abg. v. Kardorff: Der Abg. Richter hat es gestern für gut befunden, an eine ziemlich harmlose Bemerkung von mir einen großen politischen und volkswirthschaftlichen Angriff zu knüpfen. Nicht erst in neuerer Zeit, sondern bereits als der Abgeordnete Richter noch gar nicht Landtagsabgeordneter war, habe ich die Ansicht vertreten, daß ein Theil der indirekten Steuern erhöht werden müsse, weil ein großer Theil unserer Kommunen nicht mehr im Stande ist, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen. Seit ich versucht habe, volkswirthschaftliche Ansichten zu vertreten, die nicht die landläufigen sind, bin ich einer Reihe von Verdächtigungen ausgesetzt, die alles Maß überschreitet. Man hat mir vorgeworfen, daß ich mich an einer großen politischen Reaktion betheiligen und die konstitutionellen Freiheiten beschränkt wissen wollte. Jetzt scheint man sich doch von der Abgeschmacktheit dieser Anklagen überzeugt zu haben und beschränkt sich auf den Vorwurf, ich hätte einen schutzzöllnerischen Verein gegründet. Es verhält sich damit einfach so: Nachdem die deutsche Industrie es gefühlt hat, daß sie durch die Handelskammern, die in erster Linie die Interessen der Börse wahrnehmen, nicht mehr richtig vertreten werde, hat sie sich endlich dazu ermannt, eine eigene Institution zu schaffen, um ihren Wünschen der Regierung gegenüber Ausdruck zu geben. Von Schutzzoll ist in dieser Vereinigung kaum die Rede. (Oho! Widerspruch links.) Gewiß, m. H., es ist sogar der radikale Freihandel in dieser Vereinigung vertreten. (Rufe links: wer?) Sie dürfen nur die Gegenstände in Betracht zu ziehen, die dort verhandelt werden, wie Patentgesetzgebung, Eisenbahntariffrage, Kanalisationsfrage rc., um zu erkennen, daß es zumeist solche sind, an welchen die Gesammtindustrie ein gemeinsames Interesse nimmt und die ganz außerhalb der Schutzzollfrage stehen. Wenn nun der Abg. Richter gestern versucht hat, die Arbeiter bei dieser Frage in einen Gegensatz zu den Fabrikanten zu bringen, so hat mich das von ihm einigermaßen gewundert. Im Munde eines Sozialdemokraten hätte ich solche Deduktionen natürlich gefunden; aber es ist mir unfaßbar, wie er hier die Tribüne benutzen konnte, um die Arbeiter gegen die Fabrikanten zu hetzen. Mir ist übrigens gar nicht bange darum, daß er damit Erfolg haben könnte. Möge er doch einmal den Versuch machen, hier in Berlin die Arbeiter davon zu überzeugen, daß seine Manchestertheorie vom unbeschränkten Freihandelssystem den Interessen der Arbeiter entspricht, ich glaube, er würde da sehr unliebsame Erfahrungen machen. Eben so wenig Glück wird er bei den Arbeitern wohl damit haben, wenn er ihnen plausibel machen wollte, sie müßten sich eine Herabsetzung ihres Lohnes gefallen lassen, weil dann alle Lebensmittel billiger werden würden. Was die zu niedrige Einschätzung der Großgrundbesitzer betrifft, so habe ich nur ausgesprochen, daß diejenige Klasse, die in der höchsten Stufe der Klassensteuer eingeschätzt war, durch Maßregeln der Regierung, wie ich annahm, in die Einkommensteuer hineingedrückt worden sei. Ich für meine Person glaube, daß der Großgrundbesitz richtig besteuert ist und halte die entgegengesetzte Ansicht, so lange von dem Abg. Richter nicht thatsächliche Beweise dafür beigebracht werden, für eine ganz leere Behauptung. Am allermeisten habe ich mich über die von Herrn Richter so sehr befürwortete Maßregel der Kontingentirung der Einkommensteuer gewundert. Wenn er diese den Arbeitern anempfiehlt und sie überzeugen kann, ihre Lage werde wesentlich gebessert werden, wenn die Einkommensteuer kontingentirt wird, d. h. wenn die Reichen weniger zur Einkommensteuer herangezogen werden, dann gratulire ich ihm wirklich. Ich habe bisher immer geglaubt, die Arbeiter wünschen vor Allem eine progressive Einkommensteuer, weil die kontingentirte in der That nichts anderes bedeutet als die Begünstigung der Reichen zu Ungunsten der ärmeren Klassen. Wenn der Finanzminister durch die Vertheidiger solcher Anschauungen unterstützt wird, so kann er mit Recht sagen: Gott behüte mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selbst schützen.

Abg. Dr. Lasker: Es ist eine häufige Erfahrung, daß Debatten über die direkten Steuern, wenn keine Gesetzesreformation beabsichtigt wird, um so eher Gesetze hervorrufen und vor allem ist es parlamentarische Sitte, sich jährlich über die zu große Steuerschraube zu beklagen. Wenn man hier allgemeine Vorwürfe gegen den Herrn Finanzminister richtet, weil viele Zensiten aus der Klassensteuer in die Einkommensteuer versetzt worden sind, so kommt mir das vor, als wenn man ihm den Fortschritt der Industrie und des Gesammtwohlstandes des Landes vorwirft. Diesen Fortschritt wird auch ein so großer Finanzkünstler wie Herr Camphausen nicht unterdrücken können, und so lange das der Fall ist, werden zu unserer großen Zufriedenheit jährlich mehr Personen in die Einkommensteuer aufsteigen. Wäre das in einem Jahre nicht der Fall, so wäre damit in der nationalen Entwickelung Stillstand und Rückgang eingetreten. (Widerspruch.) Es ist leicht, allgemeine Klagen vorzubringen und den Schein hervorzurufen, als ob man dem Lande einen Dienst leistete. Bringen Sie substantiirte Klagen vor, stellen Sie eine Liste auf von Personen, welche ersichtlich ungerecht zur Einkommensteuer veranlagt worden sind. Wären diese Klagen in unserer Kommission begründet befunden worden, so hätten Sie dem Lande einen Dienst geleistet. Würde der Finanzminister seine Politik nach solchen allgemeinen Vorwürfen einrichten, dann wäre er kein Politiker, sondern ein Mann der Volksversammlung. Mit Recht sind bestimmte Grundsätze der Einschätzung zum Gegenstande der Verhandlung zwischen Landesvertretung und der Regierung gemacht und, wie ich glaube, zur Zufriedenheit der Interpellanten erledigt worden. Jede andere Art der Verhandlung vermehrt ohne Grund künstlich die Unzufriedenheit der Steuerzahler, ohne die Mittel zur Abhilfe zu gewähren. In Bezug auf die Steuerpolitik hat man davon gesprochen, es sei rathsam, die Einkommensteuer zu kontingentiren. Ein solcher Vorschlag wird wohl nicht im Ernste gemacht werden, denn dann würde der steigende Wohlstand nicht steuermäßig ausgenutzt werden. Der Abg. Richter hat nur empfohlen, eine Entlastung der unteren Stufen der Klassensteuer, aber es ist ihm nicht eingefallen zu sagen, man wolle nach oben eine feste Grenze ziehen, welche die Einkommensteuer nicht überschreiten solle und der Abg. v. Kardorff hat vergessen, daß der Abg Richter neben der Kontigentirung die Quotisirung der Einkommensteuer verlangt. Er will eine feste Grenze ziehen für das, was ohne jährliche Steuerbewilligung in die Staatskasse fließen muß, und außerdem jährlich feststellen, wie weit die Einkommensteuer mehr erhoben werden soll. Ich habe nicht geglaubt, daß diese elementaren Begriffe Mißverständnisse hervorrufen würden. — Die ferner hineingezogene Frage über direkte und indirekte Steuern erinnert mich an die Unterhaltung, ob eine Sache subjektiv oder objektiv gemeint sei; solche Diskussionen entsprechen einer allgemeinen Schablone. Was die Forderung des Abg. Kardorff betrifft, die direkten Steuern möglichst den Kommunen zu überweisen, so scheint mir, daß die Regierung und die Gesetzgebung den richtigen Weg eingeschlagen hat, wenn sie zunächst die Steuern einzieht und den Selbstverwaltungskörpern gewisse Summen nach Vereinbarung überweist, aber den Kommunen kein direktes Besteuerungsrecht ertheilt. Eine Ueberweisung des Besteuerungsrechtes des Staates an die Kommunalverwaltungen hieße einen Zustand der Anarchie im ganzen Lande herbeiführen, weshalb wir von dem gegenwärtigen System so schnell nicht abgehen werden. Der Abg. Richter hat auch nicht das jetzige Finanzsystem angegriffen in Bezug auf m ä ß i g e Finanzzölle, dagegen wird ein Redner, welcher Erhöhung der indirekten Steuern verlangt, nicht im Einklang mit der Politik des Finanzministers stehen. Gerade in der Quantität der indirekten Steuern besteht der Gegensatz, und Diejenigen, welche aus den Erträgen derselben übermäßige Erträge erzielen wollen, müssen auf die Steuern der großen Massen rechnen. Die Luxussteuer der Reichen ist eine Bagatelle, und wenn Herr v. Kardorff die Finanzzölle erhöhen will, so sollen die Mindervermögenden 10 bis 20 Millionen mehr steuern als gegenwärtig. (Bewegung.) Das Naturgesetz, daß die Armen mehr verzehren als die Reichen, kann selbst mit Hilfe von Carey nicht weggeleugnet werden. Ich bin f ü r den Vordersatz des Abg. v. Kardorff, daß mehr Geld in die Staatskasse kommen soll, aber g e g e n den Nachsatz, daß man mehr Geld machen soll aus der Besteuerung der Armen. Deshalb muß sich auch Abg. v. Kardorff die Verdeutlichung seines Systems durch den Abgeordneten Richter gefallen lassen, damit die Arbeiter wissen, daß sie unter den sehr schön klingenden Redensarten des Abg. v. Kardorff eine viel größere Belastung in Aussicht gestellt erhalten. Die Politik des Finanzministers ist bekannt genug, daß er mäßige Finanzzölle will, aber dem System des Herrn v. Kardorff in Gestalt von mäßigem Schutzzoll oder unmäßigem Finanzzoll, ist er nicht geneigt. — Der Abg. Röckerath hat gestern mit einer erstaunlichen Schilderung von den Zuständen des Landes Klage geführt über zu hohe Einschätzung der Einkommensteuer. Die Regierung hat hierüber nicht nach meinem Geschmacke die Entscheidung vollständig an die Organe der Selbstverwaltung abgegeben, trotzdem werden die Klagen jetzt gegen den Finanzminister gerichtet, weil nach der Darstellung des Abg. Röckerath die Mitglieder der Einschätzungskommission unselbstständige Diener der Staatsbeamten seien. Ob für dieses Zeugniß ihm seine Wähler sehr dankbar sein werden, weiß ich nicht; möglich ist, daß er solchen Mangel jeder Thatkraft bei ihnen wahrgenommen hat. (Heiterkeit.) Für meine Wähler protestire ich gegen eine solche Voraussetzung und glaube, das auch für die Wähler des Abg. Dr. Röckerath thun zu können. Für die von dem Abgeordneten geschilderten Verhältnisse, falls sie wirklich wären, wäre der Bildungszustand des Volkes verantwortlich, nicht der Finanzminister, namentlich aber die Gesetzgebung, welche nicht das vom Abg. Röckerath befürwortete System der bureaukratischen Bevormundung einführte, sondern unselbstständige Menschen zur Selbstverwaltung berief. Man kann die Schuld nicht der Regierung oder einem einzelnen Beamten dafür zuschieben, daß unselbstständige, gewissenlose Personen als Einschätzer das Volk überlasten. Ich protestirte dagegen im Namen des Volks, welches mündig genug ist, die Angelegenheiten seiner Selbstverwaltung wahrzunehmen. (Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. Frentzel: Ich habe als Mitglied der Bezirkskommission im Kreise Gumbinnen eine substantiirte Beschwerde vorzubringen. Ich glaube der ministeriellen Versicherung, daß die Anziehung der Steuerschraube nicht anbefohlen sei, aber Thatsache ist, daß in einem Besteuerungsplane der Regierung in Gumbinnen der Reinertrag von jedem Morgen Land der bäuerlichen Besitzer auf sechs bis acht Thaler ausgerechnet wurde. Jeder Kenner der Landwirthschaft wird das zu hoch finden. Die üblen Folgen dieses später zurückgenommenen Erlasses sind geblieben, da die Bezirkskommission, an welche seit zwei Jahren die Reklamationen und Berufungen, in Klassensteuersachen gelangen, diese sehr schwer prüfen kann, da man über die Verhältnisse der entfernt wohnenden kleinen Leute sich sehr schwer Auskunft verschaffen kann. Anders ist es mit den Bauern. Hatten wir diese in Folge gründlicher Prüfung herabgesetzt, so wurde von der Regierung an den Finanzminister appellirt und unsere mühsame Arbeit war umsonst. (Hört!) Die Abhilfe dieser substantiirten Beschwerde kann dadurch geschaffen werden, daß man künftig im Finanzministerium die Herabsetzungen gewissenhafter Kommissionen gründlicher prüft. Die Besteuerung der großen Grundbesitzer im Kreise Gumbinnen ist nicht zu niedrig, wohl aber die der kleineren Grundbesitzer zu hoch, weil die Bezirkskommission nicht endgiltig über die Klassensteuer entscheidet. Hierfür würde ich Kreiskommissionen empfehlen und hierfür werden sich zur unentgeltlichen Uebernahme in jedem Kreise wohl fünf oder sechs Männer finden.

Finanzminister Camphausen: Die erste Klage des Vorredners bezog sich auf einen Fall der Veranlagung zur Klassensteuer. Zu dieser nimmt die Finanzverwaltung in Folge ihrer gesetzlich bestehenden Kontinzentirung die objektivste und unbefangenste Stellung von der Welt ein. Es kann für die Staatsregierung völlig gleichgültig sein, ob allen den Reklamationen gegen die Einschätzung in diese Steuer genügt wird oder nicht. Die Folge, wenn das erstere geschieht, würde nur sein, daß das Steuereinkommen zu niedrig würde und daß ein Zuschlag zur Klassensteuer gemacht werden, und die Verminderung, die wir in den letzten Jahren, im vorigen von 1 Thlr. auf 28 Sgr., im laufenden auf 29 Sgr., haben eintreten lassen, wieder fortfallen müßte. Das Haus kann versichert sein, daß die Regierung bei der Prüfung der Reklamationen mit der größten Gewissenhaftigkeit zu Werke geht. Bei allem, was in dieser Beziehung geschieht, wird allein das Ziel verfolgt, eine richtige und gleichmäßige Veranlagung herbeizuführen. Was nun die von der Regierung in Gumbinnen erlassene Instruktion betrifft, so bekenne ich, daß mir dieses Vorkommniß nicht bekannt ist, daß ich mich des Urtheils enthalten muß, ob in dieser Instruktion Grundsätze ausgesprochen waren, die in ihrer Allgemeinheit verwerflich sind. Ich werde aber sehr gern Veranlassung nehmen, in die Verhandlungen, die diesem speziellen Fall zu Grunde liegen, Einsicht zu nehmen und zu sehen, ob wirklich irgend ein Anlaß zur Beschwerde gegeben ist. Wenn aber gestern und heute die Politik des Finanzministers in Bezug auf die Veranlagung zur Einkommensteuer angegriffen wurde, so erwidere ich meinerseits: ich verfolge die Politik und jeder, der künftig an dieser Stelle stehen wird und seine Pflicht thut, wird dieselbe Politik verfolgen müssen, das ist, einfach der Wächter des Gesetzes zu sein. (Beifall.) Was das Gesetz bestimmt hat, das muß unsererseits ausgeführt werden, und da haben wir nicht zu untersuchen, ob die Bestimmungen des Gesetzes in einzelnen Fällen mehr oder weniger schwere Folgen nach sich ziehen können, sondern so lange wie das Gesetz besteht, hat die Verwaltung sich nach diesem Gesetze zu richten. (Sehr richtig!) Wenn der Abg. v. Kardorff vorhin aussprach, es wären zu viel Leute in die Einkommensteuer hineingedrückt worden, so sage ich: sofern die betreffenden Steuerpflichtigen ein Einkommen von mehr als 1000 Thaler haben, so mußten sie in die Einkommensteuer gebracht werden und jeder Beamte hätte pflichtwidrig gehandelt, wenn er sie nicht in die Einkommensteuer hineinbrachte. (Sehr richtig!) Die Regierung wird nach wie vor, m. H., ihres Amtes wahren, Niemandem zu Lieb und Niemandem zu Leid. (Beifall.)

Abg. v. d. Goltz: Den Klagen über die zu scharfe Anziehung der Steuerschraube kann ich mich nur anschließen. Wenn der Nationalwohlstand fortdauernd ein steigender ist, so ist es gerechtfertigt, eine allmälige Versetzung der in der oberen Klassensteuerstufe Befindlichen eintreten zu lassen; wenn aber diese Maßregel auch im vorigen und im laufenden Jahre eingetreten ist, so ist das durchaus verkehrt und ungerecht. Denn wer nur einen Blick in das Land thut, wird anerkennen müssen, daß gegenwärtig der Nationalwohlstand überall tief zerrüttet darniederliegt. Auch die Lage der Großgrundbesitzer, namentlich in den östlichen Provinzen, ist eine so traurige, wie seit 25 Jahren nicht. (Sehr wahr! rechts.) Die Großgrundbesitzer haben von dem industriellen Aufschwung der Jahre nach dem Kriege so gut wie gar keinen Vortheil gehabt; sie hatten insbesondere empfindlich unter dem Arbeitermangel zu leiden und die Steigerung des Preises der Bodenprodukte bildete nur ein geringes Aequivalent dafür. Gegenwärtig aber ist die Lage für viele Großgrundbesitzer eine geradezu fast verzweifelte. Sie können nicht wie die Großfabrikanten ihre Arbeiter entlassen und die Wirthschaft brach legen, sie müssen unter allen Umständen mit den größten pekuniären Opfern fortwirthschaften, und es ist sehr zu befürchten, nach den Erfahrungen, die in der jüngsten Zeit gemacht sind, daß sehr bald in diesen Landestheilen vielleicht noch in diesem Jahre eine allgemeine Katastrophe über den Großgrundbesitz hineinbricht. Unter diesen Umständen war die Ansicht des Abg. Richter, daß der Grundbesitz höher besteuert werden müsse, in keiner Weise gerechtfertigt.

Abg. v. Lyskowski: Als vor einigen Jahren der Finanzminister mit einem Ueberschuß der Einnahmen hervortrat, kam man sofort darauf, die Lage der arbeitenden Klassen durch Herabminderung der Steuern zu verbessern. Zuerst trat man mit der Abschaffung der Salzsteuer hervor und that damit ganz recht; dann aber kam man ferner dazu, die unterste Klassensteuerstufe aufzuheben. Die Voraussetzung bei diesem Schritte war, daß die Arbeiterfamilien, die bisher auf 15 Silbergroschen eingeschätzt waren, von der Steuer überhaupt befreit sein sollten. Der Sinn dieser Auffassung ist auch in die Praxis übergegangen, und wirklich ein ganzes Jahr brauchte die unterste Klasse keine Steuer zu bezahlen; aber auch nur ein Jahr. Da kam plötzlich ein anderer Wind: die Landräthe erklärten, daß das Gesetz nicht so aufzufassen sei, es wurden Regierungskommissare entsendet, und man brachte wirklich jede Familie auf 140 Thlr. Einkommen einfach durch folgenden Schluß: eine Familie kann unter 140 Thlr. nicht auskommen, also muß sie jährlich mindestens 140 Thlr. haben. Nun tritt aber noch ein Grund hinzu, der die Uebelstände bedeutend vergrößert, das ist nämlich die Thatsache, daß nicht alle Regierungen und Landräthe die Steuerschraube in gleicher Weise anziehen, und so tritt ein heilloser Wirrwarr ohne alle Grenzen ein. Sie sehen, daß das eine völlig substantiirte Klage ist, und ich erwarte, daß der Herr Finanzminister Schritte thun wird, um Abhülfe eintreten zu lassen; vor allem aber hoffe ich, daß, wenn Schritte gethan werden, sie in dem Sinne geschehen, welcher dem Gesetze bei seiner Durchberathung in diesem Hause zu Grunde gelegen hat, daß nämlich die unterste Klasse völlig befreit bleiben möchte.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Rhode: Die Ansicht des Herrn Vorredners, als ob der Sinn des betreffenden Gesetzes die Befreiung der untersten Klasse von Steuern gewesen sei, ist wohl eine Verwechselung mit einer früheren Vorlage, die diesem Hause vorgelegen hat. Was die Spezialitäten anlangt, so kann ich hierauf nicht näher eingehen, aber von dem Kreise Bromberg, welchen der Herr Vorredner vertritt, will ich nur anführen, daß in demselben 46 Prozent völlig befreit sind, während die Durchschnittsziffer für den ganzen preußischen Staat nur 24 Prozent beträgt. Ebenso kann ich in Bezug auf die Bemerkungen des Herrn Abg. v. Kardorff über die Erhöhung der klassifizirten Einkommensteuer nur mit wenigen Zahlen antworten. Dieselben waren folgendermaßen: im Jahre 1872 etwa 21 Millionen Mark, 1873 25 Millionen. 1874 28 Millionen, 1875 30 Millionen, 1876 31 Millionen. Die Erhöhung betrug also im Jahre 1873 15 Prozent, 1874 14 Prozent, 1875, als sich die Folgen der Kalamität in Handel und Industrie geltend machten, 4$\frac{4}{10}$ Prozent, und im Jahre 1876 2$\frac{4}{10}$ Prozent. Sie sehen also, daß die Erhöhung der klassifizirten Einkommensteuer stets dem nationalen Wohlstande gefolgt ist.

Abg. Duncker: Es sind hier heute die verschiedenartigsten Klagen laut geworden und für Alles wurde der Finanzminister verantwortlich gemacht. Von der einen Seite wurde über den harten Druck der Steuern geklagt, und der Herr Finanzminister hat ganz richtig mit dem Hinweis auf das Gesetz geantwortet. Die Klagen über die klassifizirte Einkommensteuer hat der Herr Regierungskommissar durch seine Zahlen als vollkommen grundlos hingestellt; aber gegen die Auffassung muß ich doch protestiren, als ob diese Steuer den Maßstab für den nationalen Wohlstand abgeben sollte, und daß dieser demgemäß in den letzten Jahren gesunken sei, da in den Städten 112,387 und auf dem platten Lande sogar nur 38,109 Personen veranlagt worden sind, also zusammen 150,496 Personen. Ich glaube also, daß wir das Bestreben der Staatsregierung, diejenigen, die über 1000 Thaler haben und noch nicht veranlagt sind, in die Einkommensteuer hineinzudrücken, durchaus unterstützen müssen, und man kann es dem Finanzminister nicht verdenken, daß er streng vorgeht, oder wie er sich selbst ausdrückt, als energischer Wächter des Gesetzes auftritt, und unnachsichtig auftritt. Was nun die Ideen des Abg. v. Kardorff anlangt, so glaubt er doch nicht etwa, daß sie die alleinseligmachenden seien. Wenn er meint, daß wir mit unseren Ansichten für die direkten Steuern und gegen den Schutzzoll in einer Arbeiter-Versammlung nicht Anklang finden würden, so würde es sich doch noch um einen praktischen Versuch handeln; im Uebrigen ist er doch wohl Politiker genug, um sich nicht durch eine mehr oder minder zufällig zusammengesetzte Versammlung in seinen politischen Anschauungen bestimmen zu lassen. Wenn aber derartige Anklagen ohne weitere Begründung vorgebracht werden, so werden dadurch die Gemüther nur erregt und der Regierung die beste Waffe, die sie gegen den Sozialismus in der

Hand hat, stumpf gemacht. Statt dessen sollte man lieber zur Aufklärung der Steuergesetzgebung beitragen, so wird man damit dem Lande einen Dienst erweisen.

Abg. Richter bemerkt persönlich, daß der Abg. Kardorff seine gestrigen Ausführungen völlig mißverstanden habe; in Bezug auf seine schutzzöllnerischen Bestrebungen werde er sich erlauben, bei dem Kapitel der Zölle näher einzugehen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Tit. 14: „Veranlagung und Erhebung der Klassensteuer" weist

Abg. Miquel auf die ungerechte Veranlagung dieser Steuer hin, die von vielen Gemeinden im eigenen Interesse gemacht werde, weil die Kommunalsteuern sich unmittelbar an die Staatssteuern anlehnten, und weil durch die Befreiung der untersten Klasse eine bedeutende Einnahme den Gemeinden entgangen sei.

Sämmtliche folgenden Titel der direkten Steuern werden genehmigt.

Es folgt der Etat der indirekten Steuern, und zwar zunächst das Kapitel der Zölle.

Abg. Richter (Hagen): Wenn die Vereinigung, an deren Spitze Herr v. Kardorff vorgestern getreten ist, für radikalen Freihandel ist, so ist es doch ein sonderbarer Zufall, daß alle schutzzöllnerischen Agitatoren sich in diesem Verein zusammengefunden haben unter der Führung des Mannes, welcher diese Richtung augenblicklich im Reichstag und Landtag vorzugsweise vertritt. Hat sich wirklich ein radikaler Freihändler hineingefunden — der Name ist nicht bekannt — so ist er offenbar nur dazu da, bekehrt zu werden. (Heiterkeit.) Die gestrige Bemerkung des Abg. v. Kardorff über indirekte Steuern war doch nicht so beiläufig, wie sie wohl scheinen könnte. In gleicher Weise ist nämlich eine Organisation zur Vertretung der besonderen Agrarinteressen gegenwärtig im Gange, welche unter dem Namen des Hrn. Elsner v. Gronow vorgestern an die Adresse des Herrn von Kardorff die Aufforderung gerichtet hat, auch für die landwirthschaftlichen Schutzzölle zu agitiren, da er doch schon so viel für die Landwirthschaft namentlich durch seine neuliche Spritreden gethan habe. Herr von Kardorff hat darauf in seiner „Börsen- und Handelszeitung" seine Verdienste um die Landwirthschaft hervorgehoben, und es ist jedenfalls ein interessanter Zufall, daß zwischen diese Vorgänge seine Rede über die Benachtheiligung des Grundbesitzes bei der Steuerveranlagung trotz Mißwachs gefallen ist. Solche entstehende Verbindungen zur Vertretung gewisser Parteiinteressen sind unschädlich und die politischen Parteien brauchen sich nicht mit diesen sondern nur mit ebenbürtigen politischen Parteien beschäftigen. Ich stelle diese Vertretungen von Parteiinteressen nicht höher als die Sozialdemokraten, welche auch nur für Sonder- oder Standesinteressen agitiren, da die Agitationsweise in beiden Fällen dieselbe ist. Beide Parteien führen gewisse bestehende Mißstände auf die Gesetzgebung zurück, und führen dieselben auf die Wirthschaftspolitik der Minister und der sie stützenden parlamentarischen Majorität zurück. Das hat vor acht Tagen ein Gesinnungsgenosse des Herrn v. Kardorff den berliner Arbeitern in der Villa Colonna glauben machen wollen, und letzterer hat sich wohl deshalb auf dieselben bezogen. Ich kenne die berliner Arbeiter auch und glaube schwerlich, daß sie hierauf „reinfallen" werden. Dieselben sind in Bezug auf Zollagitationen zwiefacher Meinung; die einen wollen Besserung ihrer pekuniären Verhältnisse von Staatswegen nicht in der künstlichen Form der Schutzzölle (Sehr richtig!), nicht durch die Vermittelung der Fabrikanten, wo doch Allerlei hängen bleiben kann, sondern direkt. (Sehr richtig!) In den Augen dieser Arbeiter ist der Herr von Kardorff ein sehr viel kleinerer Apostel als Herr Hasselmann, diese verlangen viel größere Dinge als Herr von Kardorff. Die anderen Arbeiter, welche mich und meine Freunde bisher unterstützt haben, sträuben sich zwar nicht gegen die wenigen Groschen Zoll, aber sie meinen daß eine Erschwerung des Imports auch eine Erschwerung des Exports herbeiführt. Wir wollen nicht die Arbeiter für die Exportindustrie brodlos und sie zu Konkurrenten der Arbeiter der Importindustrie machen. In Folge der Schutzzölle für alle Industriezweige, welche sich unter die Fahne des Abg. v. Kardorff geschaart haben, ist die Vertheuerung aller Produkte derselben. In Amerika ist eine solche künstliche Vertheuerung herbeigeführt worden durch den Schutzzoll, bei uns durch Ueberspekulation und die Gründer. Die Folgen sind in beiden Fällen dieselben, die Leiden der arbeitenden Klassen. Zu diesen Leiden haben jene Herren, welche sich heute so warm der Arbeiter annehmen, in der Gründerperiode vieles beigetragen, wie ja der Bericht der Eisenbahnuntersuchungskommission nachweisen wird. Wenn die Arbeiter in Berlin wie in der Grafschaft Mark kein sehr schlechtes Gedächtniß haben, werden sie wissen, wo sie ihre wahren Freunde, wo sie ihre Gegner zu suchen haben. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Der Herr Abg. Richter hat soeben wieder Veranlassung genommen, ich weiß nicht, aus welchem Grunde, seine persönlichen Angriffe gegen mich zu richten; ich werde auf dieselben bei Gelegenheit der Verhandlung über den Bericht der Untersuchungskommission zurückkommen. Auf die sachlichen Erörterungen habe ich natürlich keine Veranlassung näher einzugehen, weil ich dieselben für falsch halte. (Oho! links). Der ganze Zweck der eben gehörten Rede scheint mir der gewesen zu sein, bei den berliner Arbeitern einen Effekt zu erzielen; ich glaube aber, daß die Rede bei denselben ebenso wenig Eindruck machen wird, wie sie es wohl in diesem Hause gethan hat. (Widerspruch links.)

Die Position wird bewilligt.

Beim Titel 14: „Einnahmen aus Brückenzöllen" beklagt sich Abg. Gescher darüber, daß trotz des im vorigen Jahre allseitig ausgesprochenen Wunsches die Aufhebung dieser Zölle noch nicht stattgefunden habe. Die Aufhebung der Chausseegelder habe stattgefunden, aber die Aufhebung der Brückenzölle würde eine nicht minder große Verkehrserleichterung herbeiführen, wie jene.

Regierungskommissar Geheimer Finanzrath von Pommer-Esche bemerkt, daß man aus sachlichen und finanziellen Rücksichten nach gründlichen Erwägungen von einer Aufhebung Abstand genommen habe.

Abg. Windthorst: Es ist zwar sehr gut, daß der Herr Regierungs-Kommissar uns erklärt, daß ernstliche Erwägungen stattgefunden haben, aber wir wünschten doch auch wirklich zu hören, welcher Art denn diese gewesen seien. Die finanziellen Gründe sind wohl klar, die Herren wollen eben mehr Geld haben; was aber die sachlichen Gründe anlangt, so wäre es doch zu wünschen, daß der Herr Kommissar uns dieselben näher vorführte.

(Es erfolgt keine Antwort von Seiten des Regierungstisches.)

Abg. Windthorst (Meppen): Da keine Antwort erfolgt, so glaube ich, daß überhaupt keine sachlichen Gründe existiren.

Der Titel wird genehmigt.

Bei dem Kapitel der „Außerordentlichen Einnahmen" wünscht Abgeordneter Löwenstein die Abschaffung des frankfurter Meßzolles.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath von Pommer-Esche weist darauf hin, daß in Leipzig und Braunschweig ähnliche Meßzölle beständen und daß dieselben für die verschiedenen Leistungen forterhoben werden würden.

Sämmtliche Einnahmen werden genehmigt.

Beim Kap. 8 der Ausgaben „Zoll- und Steuer-Erhebung und Kontrole" beklagt sich der Abg. Frentzel darüber, daß die Steuerbeamten in Ostpreußen im Allgemeinen hinter dem Durchschnittsgehalt zurückständen, und daß man nicht einmal auf die Anciennetät Rücksicht nehme.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath von Pommer-Esche bemerkt, daß es der Regierung erwünscht sein würde, wenn die Beamten, welche Klagen zu führen hätten, den geordneten Instanzenzug beschritten.

Abg. Grünhagen stellt als eine billige Forderung der ostpreußischen Beamten hin, daß erstens die Hauptsteuerämter klassifizirt und zweitens Anciennitätslisten veröffentlicht werden möchten.

Abg. Frentzel weist darauf hin, daß er im vorigen Jahre konkrete Fälle vorgeführt habe. Wenn Klagen, welche durch Abgeordnete vorgebracht würden, noch nicht auf dem geordneten Instanzenzug stattfänden, so wisse er wahrhaftig nicht, was ein geordneter Instanzenzug sei.

Die Positionen werden sämmtlich bewilligt. Schließlich geht das Haus über eine Anzahl von Petitionen, welche zu diesem Etat vorliegen, zur Tagesordnung über, weil die Verhältnisse seit dem Vorjahre sich nicht geändert hätten.

Der Etat des Gesetzsammlungsamts wird ohne Debatte bewilligt, dagegen veranlaßt der Etat des Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeigers diesmal eine Erörterung.

Abg. Crämer (Redakteur der „Germania"): Der Redakteur des „Staats-Anzeigers" befindet sich in einer eigenthümlichen Stellung. Er ist zwar in erster Linie Journalist, wenn er aber vertreten soll, was er als solcher gesagt hat, wenn er zu Rektifikationen und Berichtigungen angehalten wird, so versteckt er sich hinter seine Beamtenqualität und läßt womöglich gegen den Zudringlichen, der eine Berichtigung von ihm fordert, wegen Beamtenbeleidigung Anklage erheben. Es hat sich das im Jahre 1873 zugetragen, wo auf die erhobene Anklage das Gericht vom Kuratorium des „Staatsanzeigers" Auskunft über die amtliche Stellung des Redakteurs verlangte und den Bescheid erhielt, seine amtliche Thätigkeit bestehe in der Zusammenstellung des nichtamtlichen Theils. Darauf hin ist die Verurtheilung wegen Beleidigung einer öffentlichen Behörde erfolgt und das Jahr, welches mein Kollege Majunke in Plötzensee zugebracht hat, schloß zugleich die damals ausgesprochene Strafe in sich. Worin nun die amtliche Thätigkeit eines Mannes bestehen soll, der einfach besorgt, was jeder Zeitungs-Redakteur thut, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist die exzeptionelle Stellung, welche er den übrigen Vertretern der Presse gegenüber einnimmt, eine der größten Ungerechtigkeiten. (Zustimmung im Zentrum.) Ich erbitte mir ferner Auskunft darüber, wie es kommt, daß die Herausgabe des „Staatsanzeigers" — es ist das gewiß ein lukratives Unternehmen — noch einen Zuschuß von 5000 Thalern erfordert. Ich kann mir das nur aus dem ungünstigen Kontrakt erklären, der mit Herrn Mosse wegen der Inseratenpacht abgeschlossen worden ist — denn der Name dieses Mannes bürgt dafür, daß er nichts umsonst thut. Ich sehe nicht ein, warum der Staat den Vortheil, den das Unternehmen abwirft, nicht selbst ziehen soll.

Geheimer Ober-Regierungsrath Zitelmann: Der Redakteur des „Staats-Anzeigers" ist schon seit 25 Jahren Beamter; er figurirte früher auf dem Etat des Staatsministeriums, bis zuerst im Jahre 1874 ein eigener Etat des „Reichs- und Staats-Anzeigers" aufgestellt wurde. Als Redakteur eines amtlichen Organs muß er natürlich auch in amtlicher Stellung sein, wie er denn auch die Komposition des nicht amtlichen Theiles einer amtlichen Instruktion gemäß vornimmt. Die Einkünfte des Blattes lassen sich noch nicht genau übersehen, weshalb ein Zuschuß zur Zeit noch nicht entbehrt werden kann. Herrn Mosse sind übrigens die Inserate nicht in Pacht gegeben worden, derselbe hat sich vielmehr nur verpflichtet, Inserate zu verschaffen; der Satz, der ihm dafür vergütet wird, ist ein sehr mäßiger.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen): Ich bin durch die erhaltene Aufklärung sehr befriedigt. (Heiterkeit.) Es wird uns versichert, daß der Redakteur des „Staats-Anzeigers" ein Beamter sein müsse. Ich glaube, es wäre richtig, diesen für sich bestehenden Beamten wieder in das Staatsministerium zurückkehren zu lassen, nachdem der Minister-Präsident im Reichstage erklärt hat, der „Reichs-Anzeiger" sei das einzige offizielle Organ. Danach wäre eigentlich Fürst Bismarck selbst der intellektuelle Redakteur. Dann müßte das Blatt sich aber auch in seiner äußern Erscheinung als offizielles Organ präsentiren, insbesondere müßte der ganze nicht offizielle Theil absolut wegfallen, und für die Inserate von öffentlicher Bedeutung wäre es rathsam, ein eigenes Journal zu schaffen, weil viele, die diese Inserate lesen müssen, keine Neigung haben, auch die Elaborate des offiziellen Theils zu lesen. Wenn der Ministerpräsident Journalistik in dem nicht offiziellen Theil des Blattes treiben will, so muß er auch auf alle Vortheile seiner Stellung verzichten und sich rein und ganz in die Reihe der Journalisten stellen, sonst sind die Waffen nicht gleich, und mit ungleichen Waffen kämpfen, ist nicht deutsche Sitte (Beifall im Zentrum). Es ist dies ein sehr lehrreiches Kapitel, und ich entnehme daraus, daß ich jeden Groschen für dieses Journal abzulehnen habe; denn was es für den Zuschuß leistet, ist keinen Pfennig werth (Heiterkeit).

Der Einnahmeetat des „Reichs- und Staats-Anzeigers" wird hierauf ohne Widerspruch, der Ausgabeetat desselben gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen bewilligt.

Es folgt der Etat des Bureaus des Staatsministeriums. Zu Tit. 12: Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 93000 Mark ergreift das Wort

Abg. Richter (Hagen): Nach der Art, wie sich die offiziöse Presse auch im letzten Jahre aufgeführt hat, brauche ich kaum die Erklärung, daß wir gegen diese Position stimmen werden, näher zu begründen. Indessen veranlassen mich die Aufklärungen, welche der Ministerpräsident ganz spontan im Reichstage über die offiziöse Presse gegeben hat, doch zu einigen Bemerkungen. Der Ministerpräsident veranschaulichte zunächst die verschiedenen Nuancen des Offiziösenthums und bemerkte weiter, wie die früheren Werkzeuge des Auswärtigen Amtes auf eigene Rechnung Taktlosigkeiten begangen hätten, welche dann der Firma der Regierung zur Last gelegt worden sind; daß man auch viel Publikationen für offiziös gehalten habe, welche es nicht gewesen. Aus diesen Gründen will das Auswärtige Amt jede Beziehung mit den Reptilien abgebrochen haben. Ich hoffe, daß diese Erklärung diejenigen über die gegenwärtige Bedeutung des Fonds aufklären wird, welche denselben bisher in der Ueberzeugung bewilligt haben, daß er nationalen Zwecken, den Zwecken unserer auswärtigen Politik zu Gute käme. Ich weiß nicht, ob die Betonung des Auswärtigen Amts in der Erklärung des Ministerpräsidenten die Bedeutung und den Sinn haben sollte, daß bei der inneren Verwaltung Alles beim Alten bleiben solle. Ich bin besonders zweifelhaft darüber, ob die Lossagung sich nur auf das Auswärtige bezog oder eine allgemeinere Bedeutung hatte. Wer die Rede des Ministerpräsidenten vergleicht mit dem, was kurz vorher in der offiziösen Presse geschrieben worden ist, wird finden, daß die Stichworte der ministeriellen Rede bereits in ihr vorher verarbeitet waren; selbst die auffälligen Aeußerungen über die republikanischen Auffassungen der Fortschrittspartei, insbesondere des Abg. Hänel waren bereits einige Tage vorher in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen, (Hört!) allerdings nicht 10 Prozent so höflich, wie der Ministerpräsident sie aussprach. Aber es ist ja möglich, daß nur in Folge der langjährigen gegenseitigen Beziehungen ein gewisser geistiger Rapport übrig geblieben ist, der jene Organe im Voraus ahnen ließ, was der Ministerpräsident demnächst aussprechen wollte. (Große Heiterkeit). Wenn die Regierung Anstand nimmt, sich selbst auch der inneren Reptilien zu entledigen, so leisten die ihr näher Stehenden ihr vielleicht einen guten Dienst, wenn sie sie durch Streichung des Fonds ermuntern, einmal die Erfahrungen des Auswärtigen Amts sich zu Nutze zu machen. Der Ministerpräsident hat unter Anderem bemerkt, es sei zwar unbequem, unter Umständen nur in der anerkannt offiziösen „Provinzial-Korrespondenz" seine Meinung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, indessen sei er wenigstens dort vor Kukukseiern sicher und nur für das verantwortlich zu machen, was er oder seine Kollegen zu vertreten hätten. Aus diesem Titel wird nun die „Provinzial-Korrespondenz" gespeist. Nach jener Erklärung gewinnt natürlich jeder Artikel der „Provinzial Korrespondenz" für uns eine erhöhte Bedeutung. Nun hat im Dezember der sogenannte Schmerling-Artikel in diesem Blatte die Geschäftsleute in hohem Grade beunruhigt. Er scheint indessen zu denjenigen Spektakelartikeln gehört zu haben, die nicht Brand legen, sondern Löschmannschaften herbeiführen sollen, wenn sich ein Brandgeruch verspüren läßt. Aber Sie finden in der „Provinzialkorrespondenz" auch Kritiken sehr abfälliger Natur über Reichstagsverhandlungen, insbesondere über Verhandlungen zwischen dem Reichstage und dem Minister Graf Eulenburg, die diesem wahrscheinlich näher bekannt sein werden. Die Rede des Ministers ist abgedruckt unter dem schönen Titel: „Die soziale Gefahr für Staat und Kirche" — oder das rothe Gespenst um Mitternacht, so könnte man hinzufügen! (Große Heiterkeit.) In einem kritischen Artikel über die Reichstagsverhandlung wird dann von den „ausführlichen, rein sachlichen und auf schlagende Beweisstücke gestützten Darlegungen des Ministers gesprochen und die bereits im Voraus feststehende Beschlußnahme der Versammlung bedauert und schließlich gegen die Abgg. Lasker und Bamberger polemisirt. Zuletzt wird vor der Wiederaufnahme überwundener Parteileidenschaft gewarnt. Wenn der Minister in dieser Anerkennung seiner Beamten einen Trost für die verfehlte Wirkung im Reichstage findet, so will ich ihm den gern gönnen. Aber ich muß doch sagen, daß Staatsgelder nicht dazu da seien, Parteipolemik zu treiben, mag es sich nun um die nationalliberale oder eine andere Partei handeln. Beginnt man jetzt schon in Artikeln die die Bevölkerung zu den Abgeordneten in Gegensatz zu bringen, so frage ich: Was wird die „Prov.-Korresp." erst bei den Wahlen leisten? Nachdem der Ministerpräsident indessen später selbst die große Bedeutung der parlamentarischen Debatte — die sich viel wirksamer erwiese, als Strafartikel — anerkannt hat, hat er mit der offiziösen „Provinzial-Korrespondenz" auch den Grafen Eulenburg in einer Weise dementirt, wie sie selten ein Regierungskommissar von seinem Chef erfährt. Besonders unangenehm berührt es mich, daß der Reichstag in seiner Gesammtheit Gegenstand des Angriffs gewesen ist. Was soll es heißen, wenn ein offiziöses Blatt, eine offizielle Körperschaft in dieser Weise angreift? Was würde der Minister sagen, wenn der Vorstand des Hauses eine parlamentarische Korrespondenz herausgeben und darin in ähnlicher Weise sein Auftreten kritisiren wollte? Und es handelt sich noch um die Stellung eines Partikularministers zu einer Reichskörperschaft. Was würden Sie sagen, wenn einmal die sächsische Regierung, wenn sie eine ähnliche Niederlage wie Graf Eulenburg erlitten hätte, sich in ihrem Organe in solcher Weise äußerte? Dergleichen ist doch selbst der mecklenburgischen Regierung bisher nicht passirt! (Heiterkeit.) Wenn dieser Fonds noch einmal bewilligt werden sollte, so müssen wir erwarten, daß derjenige Ton des Anstandes und der Höflichkeit, den der Ministerpräsident neulich der gesammten Presse empfohlen hat, vor Allem in der „Provinzial-Korrespondenz" angeschlagen wird. (Beifall links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Frage über die Nothwendigkeit der Bewilligung von Mitteln zu Preßzwecken ist so häufig hier erwogen worden, daß eine Für- und Gegenrede eine Aenderung der Ansichten nicht hervorbringen wird. Bei dem Einflusse der Presse kann die Regierung den natürlichen Kampf im Staatsleben nicht auf dem richtigen Niveau halten, wenn sie nicht auf die Presse wirken kann und dazu bedarf sie Geld. Auch nach den Bemerkungen des Abg. Richter wird die bisherige Majorität diesen Fond bewilligen. — Die Provinzialkorrespondenz ist wie Sie aus dem Munde des Fürsten Bismarck gehört haben, ein Blatt der Regierung, nicht mein Blatt. Ich habe keine persönliche Verantwortlichkeit, schreibe auch keine Artikel für dieselbe, und lese dieselben häufig erst, wenn sie gedruckt sind. Mir kommt es auch manchmal so vor, als wenn ich gegen den Ton dieser Artikel etwas auszusetzen hätte. (Heiterkeit.) Darum kann das Blatt im Ganzen vortrefflich redigirt sein (Widerspruch links.) Fühlt sich der einzelne auch durch manchen Artikel verletzt, so finden ihn viele andere gut, und schließlich entscheidet darüber der Einfluß des Blattes im Allgemeinen. Bei meiner Rede im Reichstage habe ich das Gefühl der Niederlage nicht gehabt. Es ist mir nicht eingefallen, daß das, was ich damals im Interesse des Staates sagte, Einfluß haben würde auf die Abstimmung, ich wußte, daß die betreffenden Paragraphen abgelehnt werden würden, aber ich durfte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, über die vielen unbekannten großen Gefahren Aufklärung zu geben und die zur Abwehr nöthigen Mittel zu empfehlen. Daß diese meine Pflichterfüllung Früchte getragen hat, dafür kommen aus vielen Theilen des Landes Beweise, und wenn der Artikel der „Provinzialkorrespondenz" diese Seite etwas scharf hervorgehoben hat, so ist das für die Herren, die die Strafgesetzartikel für unzweckmäßig hielten, nicht schmeichelhaft, aber es ist in der Wahrheit begründet, daß meine damaligen Ausführungen zum Nachdenken über diesen Punkt aufgerufen haben, und daß zu den vielen außerhalb des Gebiets der Presse liegenden Mitteln zur Bekämpfung der Gefahr auch das Strafgesetz gehört. Das ist auch der Standpunkt der „Provinzial-Korrespondenz". Mein Bestreben — soweit ich Einfluß auf das Blatt habe — wird immer sein, mich möglichst objektiv zu halten; aber dazu gehört nicht, Alles zu loben, was im Reichs- und Landtage vorgeht. Sie müssen dem Regierungsblatte die Freiheit zugestehen, auch eine Ansicht zu vertreten. Steht sie einmal in Widerspruch mit der des Parlaments, so muß auch dieser Widerspruch in dem gouvernementalen Blatte zum Ausdruck kommen. Ich glaube, daß die Wirksamkeit der „Provinzial-Korrespondenz" eine segensreiche ist. Ich halte den Gedanken, der sie ins Leben gerufen, für einen glücklichen und glaube, daß viele Staaten froh wären, wenn sie eine derartige Einrichtung hätten, mit der sie ruhig und offen Ansichten propagiren können, die, wenn sie auch heute nicht zur Geltung kommen, doch nach und nach ihre Wirkung nicht verfehlen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich will dem Herrn Minister nicht entgegentreten, wenn er behauptet, daß die Regierung auf ihre Wirksamkeit in der Presse nicht verzichten könne, darauf aber könnte sie doch verzichten, ihre Gegner zu beschimpfen, wie sie dies in unerhörter Weise meiner Partei gegenüber gethan hat. Die Verantwortlichkeit für schlechte Artikel der „Provinzial-Korrespondenz" abzulehnen, ist der Minister nicht berechtigt, denn wenn er keine Zeit hat, die Artikel vor dem Druck zu lesen, so mag er seine Beamten instruiren, daß sie solche Artikel nicht bringen. Die Behauptung, daß das genannte Organ trotzdem ein gutes Blatt sei und als solches allgemein anerkannt werde, widerlegt sich schon dadurch, daß das Blatt, wie überhaupt die offiziöse Presse, viel zu viel lügt, um Anerkennung und Zustimmung zu finden. Auf die Bemerkung, daß mancher Staat froh sein würde, wenn er ein solches Organ besäße, kann ich nur erwidern, daß ich keinen Staat kenne, der uns um die „Provinzial-Korrespondenz" beneiden dürfte. Wenn der Abg. Richter über die Angriffe des Blattes gegen die Fortschrittspartei klagt, so begrüße ich das mit Freude, denn ich hoffe, er und seine Freunde werden nun empfinden, wie uns bei den fortgesetzten Angriffen der offiziösen Presse, denen sie bisher theilnahmlos zusahen, zu Muthe war. Bei früheren Etatsberathungen wurde uns vom Ministertische versichert, daß die Regierung außer dem „Staats-Anzeiger" und der „Provinzial-Korresp." kein offizielles Organ habe; durch die Aeußerungen des Reichskanzlers ist aber dargethan worden, daß die Beziehungen zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von seiner Seite erst vor einiger Zeit abgebrochen worden seien; man hat uns also früher eine offenbare Unwahrheit gesagt. Ich hatte gehofft, der Herr Minister des Innern würde, dem Beispiel des Reichskanzlers folgend, uns heute mit der Erklärung überraschen, daß er auch seinerseits bereit sei, die inneren Reptilien zu entlassen. Zu meinem Bedauern sehe ich, daß ich mich geirrt habe, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß bis zur Berathung des Etats seines Ministeriums, wo uns der Gegenstand noch einmal beschäftigen wird, die bessere Erkenntniß gesiegt haben wird. Wir werden dann auch Gelegenheit haben, alles Unrecht gut zu machen und den Welfenfonds, den man für die Reptilien ja nicht mehr nöthig hat, seiner vertragsmäßigen Bestimmung zurückzugeben.

Minister Graf zu Eulenburg: Auf die Bemerkungen des Vorredners kann ich erklären, daß das Ministerium des Innern außer den genannten offiziellen Organen kein einziges Blatt hat, zu welchem sie Beziehungen unterhält; auch mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" habe ich nicht das Allergeringste zu thun. Dem Abgeordneten Richter gegenüber bemerke ich noch, daß der in Rede stehende Fonds dadurch nicht überflüssig geworden ist, weil der Herr Reichskanzler seine Verbindungen mit der Presse aufgegeben hat. Ich kenne die früheren Verbindungen nicht, glaube aber schwerlich, daß die Zeitungen, welche Mittheilungen des Reichskanzlers enthielten, dafür [illegible] bezahlt worden sind. Vielmehr bin ich überzeugt, daß die Blätter ihrerseits viel Geld geben würden, wenn sie solche Mittheilungen bekommen könnten.

Abg. Windthorst (Meppen): Nachdem der Reichskanzler und soeben auch der Herr Minister des Innern erklärt haben, daß sie mit der „Norddeutschen Allg. Zeitung" in keiner Beziehung stehen, so bleibt noch die Möglichkeit, daß das Staats-Ministerium als solches derartige Beziehungen unterhielte. Wenn der Herr Minister nicht auch dieser Voraussetzung ein kategorisches Nein entgegensetzt, so werde ich annehmen, daß er als Minister des Innern zwar keine Verbindung

mit dem genannten Blatt hat, wohl aber als Mitglied des Staatsministeriums. (Heiterkeit.)

Minister Graf zu Eulenburg: Nun denn, ein kategorisches Nein! (Große Heiterkeit.)

Abg. Richter: Daß die großen, sogenannten Weltblätter für ihre Beziehungen zur Regierung nicht bezahlt werden, glaube ich gern, wohl aber werden diese Fonds für die kleine Presse verwendet. Gegen die Polemik des Herrn Ministers, die er uns gegenüber unterhält, habe ich nichts einzuwenden; es frägt sich nur, ob für diesen Zweck Staatsgelder verwendet werden sollen. Es ist doch eine eigene Zumuthung für die liberale Partei, daß sie selbst die Mittel für die gegen sie gerichteten Angriffe bewilligen soll. Was unsere Stellung zur Sozialdemokratie betrifft, so haben wir dieselbe von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft, ich erinnere Sie nur an die Vorträge des Abg. Schultze-Delitzsch; an Boden gewann die Bewegung erst, als die Haltung der Regierung ihr gegenüber zweifelhaft wurde. Denken Sie an die Weberdeputation, die damals beim Könige eingeführt wurde, überall haben sich die Arbeiter in ihren Versammlungen auf die ihnen bei dieser Gelegenheit gemachten Zusicherungen berufen. Als Lassalle von Solingen aus sich bei dem Ministerpräsidenten v. Bismarck telegraphisch beschwerte, daß der „fortschrittliche Bürgermeister" eine Volksversammlung aufgelöst habe, mag das von ihm eine Dreistigkeit gewesen sein, es wurde aber im Publikum der Glaube erweckt, als stehe dem sozialdemokratischen Agitator die Unterstützung der Regierung zur Seite. Wenn es später in Berlin einer Bande von Schreiern ermöglicht wurde, die liberalen Versammlungen zu sprengen, so konnte dies nur geschehen, weil den letzteren der polizeiliche Schutz fehlte. Als über das Verhalten der überwachenden Beamten bei der Sprengung der Versammlung im Konzerthause hier Beschwerde erhoben wurde, billigte der Minister des Innern das Auftreten der Schutzleute mit dem Bemerken, daß durch die Eindringlinge in den Saal der Skandal nur vermehrt worden wäre. Angesichts solcher Aeußerungen verbreitete sich natürlich der Glaube, daß politische Versammlungen vogelfrei seien. Jedenfalls würde die sozialdemokratische Bewegung ohne die zweifelhafte Haltung der Regierung nie die Bedeutung gewonnen haben, daß man es jetzt hätte für nothwendig halten müssen, besondere Strafesetzparagraphen gegen dieselbe zu schaffen.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Regierung hat unzweifelhaft richtig gehandelt, daß sie die sozialdemokratische Bewegung eine Zeit lang sich frei entwickeln ließ, um dann der Welt zu zeigen, welche Bewandtniß es mit dieser Agitation habe. Die Beamten selbst sind über das Wesen und die Gefährlichkeit jener Versammlung von Anfang an im Klaren gewesen, die Bevölkerung aber hatte kein Bewußtsein davon und würde ein Einschreiten der Regierung als einen willkürlichen Eingriff in die öffentliche Freiheit betrachtet und die Bewegung dadurch unterstützt haben. Jetzt, nachdem es Jedem, der gesunden Menschenverstand besitzt und etwas zu verlieren hat, einleuchtend geworden ist, welche Bewandtniß es mit der Sozialdemokratie hat, liegt die Sache anders. Jedenfalls war es politisch richtig, die Frucht nicht eher anzufassen, als bis sie reif geworden, und das war sie vor zehn Jahren noch nicht.

Abg. Richter (Hagen): Ich weiß nicht, ob die letzte Erwiderung des Herrn Ministers im Lande einen anderen Eindruck machen wird, als diese: man kann die Geister jetzt nicht mehr bannen, die man vielleicht nicht gerufen hat, deren Treiben aber damals zur Sprengung der liberalen Parteien nnd zur Zertheilung des Bürgerthums nicht unerwünscht war. (Hört! Hört!) Wir verlangen durchaus nicht von Ihnen, daß Sie die sozialdemokratischen Parteien und ihre Versammlungen durch dergleichen polizeiliche Mittelchen niederhalten, nein, mit diesem System haben Sie sie kürzlich gerade wieder groß gezogen. Als in den Arbeiterverhältnissen ein Umschwung eintrat, die Koalitionen, die Strikes, weil die Löhne überhaupt in Rückgang geriethen und keinerlei Aussicht boten, da war auch die sozialdemokratische Bewegung vollständig in Rückgang. Gerade da ist man in wenig geschickter Weise eingeschritten durch Auflösung von Versammlungen, die in den wenigsten Fällen gesetzlich war. (Sehr richtig! links.) Durch Haussuchungen und Verhaftungen, geradezu durch Mißhandlung der Agitatoren. Dadurch hat man diese Leute erst zu Märtyrern gemacht und ihnen in den Augen ihrer Anhänger eine viel höhere Bedeutung gegeben, als sie gehabt haben würden, wenn man diese Bewegung sich überlassen hätte. Grade aus den Wirkungen solcher Polizeimittelchen, wie sie seit den letzten Wahlen gegen sozialdemokratische Vereine geübt worden sind, habe ich für mich die Ueberzeugung gewonnen, daß man durch solche Mittel die Bewegung nicht niederhält, sondern schürt und stärkt. Worüber wir Anklage erheben, das ist: daß man dieser Entwickelung Raum gegönnt hat, wo sie sich außerhalb und gegen das gewöhnliche Gesetz ausbreitet, daß man gestattet hat, daß man mit Gewalt Versammlungen sprengte, tumultuarisch einbrach, jedes Hausrecht verletzte und es dadurch unmöglich machte, allgemeine und öffentliche Versammlungen zu veranstalten, es sei denn, daß man vorher mit Gewalt die Gewalt vertrieb. Eben weil man die allergewöhnlichsten Strafgesetze gegen diese Banden damals außer Anwendung ließ, hat man es im hohen Maße erschwert, der sozialdemokratischen Bewegung in ruhiger Diskussion namentlich in Berlin gegenüberzutreten. Der Herr Abg. Bebel hat neulich im Reichstag geradezu öffentlich die Anklage erhoben, daß Herr von Schweitzer ein bezahlter Regierungsagent gewesen ist. Ich weiß nicht, was Herr Bebel für ein Interesse gehabt haben soll, diese Anklage zu erheben, wenn er selbst nicht davon überzeugt wäre, denn er ist der Nachfolger des Herrn v. Schweitzer und er sagt damit nur, daß seine Partei, wenigstens in Berlin, künstlich von der Regierung großgezogen worden sei. Ob Schweitzer bezahlter Regierungsagent gewesen ist, weiß ich nicht, aber daß Herr v. Schweitzer und der Herr Geheimrath Wagener, wenn sie unter einer Decke gesteckt hätten und gleichmäßig aus öffentlichen Mitteln unterhalten wurden, nicht besser hätten zusammenspielen können in der ganzen Zeit, als sie zusammengespielt haben, das weiß ich. (Beifall.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Behauptung, daß ein sozialdemokratischer Führer ein Agent der Regierung sei, ist nicht neu; es ist das ein bequemes Mittel, wenn es gilt, denselben zu stürzen. Die Weberdeputation, auf die vorher hingewiesen wurde, ist, da die Sache mein Ressort nicht berührte, meinem Gedächtniß vollständig entschwunden, ein Beweis, daß derselben eine besondere Bedeutung nicht beigelegt worden ist. Daß die Regierung eine Zeit lang gezögert hat, gegen die sozialdemokratische Partei vorzugehen, hatte seinen Grund durchaus nicht in dem damals gegen die Fortschrittspartei geführten Kampfe, sondern lediglich in den von mir vorher angegebenen Erwägungen.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Dispositionsfonds in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 131 Stimmen bewilligt. (Gegen denselben stimmt das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Polen.)

Zum Etat des Staatsarchivs fragt Abg. Röpell, ob die in diesem Jahre mehrgeforderte Summe zu bloß archivarischen Zwecken oder zu neuen Publikationen, die bisher arg vernachläßigt worden, bestimmt seien.

Regierungskommissar v. Sybel: Für blos archivalische Zwecke wird nur ein sehr geringer Theil der hier geforderten Summe gebraucht, der Haupttheil wird für neue Publikationen zur Verwendung kommen. Die Regierung ist auf die hierauf bezüglichen Anträge des zeitigen Direktors bereitwillig eingegangen und es sind eine größere Anzahl urkundlicher, zum Theil darstellender Werke, von der Archivverwaltung bereits in Angriff genommen und werden zum Theil im Laufe dieses Jahres im Druck erschienen. Darunter ist zu erwähnen: ein Urkundenwerk über die Geschichte der Gegenreformation in Westfalen, die Ausgabe einer Auswahl preußischer Gesandtschaftsberichte aus Paris unter der Regierung Ludwigs XVI. bis zum Beginn der Revolution, sowie die Ausgabe eines Urkundenwerks über die auswärtige Politik Preußens in den Jahren 1813, 14 und 15.

Abg. v. Heeremann beklagt sich über die Unzugänglichkeit der preußischen Archive und hofft, die gegenwärtige Archivverwaltung werde das bisherige Prinzip der Geheimhaltung nicht beibehalten, sondern eine größere Erleichterung in der Benutzung der Archive, wie dies in anderen Ländern üblich, eintreten lassen.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Sybel: Wenn auch ein Staatsarchiv selbstverständlich niemals die Natur einer Bibliothek anzunehmen vermag und über die Benutzung strenge Vorschriften existiren, so wird von der bestehenden Verwaltung jede mögliche Erleichterung in der Benutzung gern gewährt werden.

Ein Antrag des Abg. Röpell, „zur Herstellung von Generalrepertorien der Staatsarchive in erster Rate 6600 Mark zu bewilligen", wird hierauf angenommen und die übrigen Positionen nach dem Etat genehmigt.

Zu Kap. 49 „Oberexaminationskommission zur Prüfung für die höheren Verwaltungsämter" wünscht Abg. Zelle Aufklärung darüber, wie es komme, daß hier der Etat 2910 Mark an Remunerationen für die Examinatoren aussetze, während in den Etatsbemerkungen gesagt wird, daß im Jahre 1876 voraussichtlich nur ein einziger Kandidat zur Prüfung gelangen werde.

Finanzminister Camphausen erklärt, es sei bereits Einleitung getroffen, diese Remuneration einzustellen, so daß die Summe erspart werde.

Die Positionen werden bewilligt. Zu Kap. 51 „Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte" bemerkt

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich und meine politischen Freunde werden gegen die hier geforderten Summen stimmen. Jeder Gerechtigkeitsliebende kann die Beseitigung dieser Behörde nur dringend wünschen. Wie tief ihre Eingriffe in das Rechtsleben und Rechtsgefühl des Volkes sind, beweist der eklatante Fall, in welchem ein Gutsbesitzer in Posen, der eine Klosterbibliothek rechtsgültig gekauft hatte, von dem Landrath dieses seines Eigenthums mit Hilfe von Gensdarmen gewaltsam beraubt wurde, ohne daß ihm irgend welche rechtliche Genugthuung zu Theil wurde, weil auf die Klage des Betreffenden die Regierung den Kompetenzkonflikt erhob.

Abg. Windthorst kann sich dieser Klage nur vollständig anschließen. Auch in Hannover seien die Eingriffe in den Rechtsweg durch diese Behörde und die Verletzungen des Rechtsgefühls in letzter Zeit so schreiender Natur geworden, daß die Leute ganz empört zu ihm kamen und ihn fragten: wie ist so etwas nur möglich? Er habe erwiedert, sie hätten wohl ganz vergessen, daß wir ja in einem Rechtsstaat leben. (Heiterkeit.)

Nachdem Abg. Miquel erklärt, daß er und seine Partei zwar für diese Position stimmen, damit aber das Institut selbst nicht rechtfertigen wollen, wird der betreffende Posten gegen die Stimmen des Zentrums vom Hause bewilligt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung.)

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 18. Februar. Nach hier vorliegenden weiteren Nachrichten fand der Zusammenstoß zwischen der „Franconia" und dem „Strathclyde" gestern Nachmittag 4½ Uhr in Entfernung von etwa einer englischen Meile vom Admiralitätsmolo von Dover statt. Der „Strathclyde" war in Dover eingelaufen, um einen Piloten zu landen. Als derselbe in westlicher Richtung wieder hinaussteuerte, wurde er durch die starke Fluth südöstlich gedreht. Die „Franconia" rammte sehr heftig an, der Kessel des „Strathclyde" explodirte innerhalb 2 Minuten und das Schiff sank sofort. Hierüber meldet man ferner aus Deal Folgendes:

Von den bei der Katastrophe des „Strathclyde" verunglückten Personen sind durch hiesige Böte noch 28 aufgefischt und gelandet worden; 3 von denselben sind auf dem Lande bereits gestorben, die übrigen sind meist stark erschöpft. — Der Dampfer „Dragon" von der Steam Navigation Company, welcher sich auf der Fahrt von London nach Hamburg befand, ist gestern mit einem bis jetzt unbekannt gebliebenen Schiffe zusammengestoßen und, nachdem er nach dem Zusammenstoß noch eine Viertelmeile zurückgelegt, gesunken. Menschenleben sind nicht verloren gegangen, da der Wasserstand ein sehr niedriger war.

Wien, 18. Februar. Nachdem der Eisstoß der Donau sich heute früh um 3 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, ist das Wasser im Hauptstrom wie im Kanal seit Vormittags in stetigem Steigen begriffen. Um 1¼ Uhr Nachmittags wurde das dritte Nothsignal gegeben, zum Zeichen, daß die Gefahr einer Ueberschwemmung unmittelbar bevorsteht. — Gegen 3 Uhr stieg das Wasser im Donaukanale in rapider Weise; nachdem aber der Schutzdamm unweit Freidenau weggerissen worden war, fiel dasselbe wieder um 5 Fuß. In den niedrig gelegenen Gassen des 2., 3. und 9. Bezirks dringt das Wasser bereits in die Keller, auch der Zentralkirchhof ist unter Wasser und sind Beerdigungen auf demselben sistirt. Der Kaiser und die Kaiserin besuchten Nachmittags die von der Ueberschwemmung bedrohten Stadttheile.

Prag, 18. Februar. Die Moldau ist ausgetreten und hat die niedrig gelegenenen Gassen der Altstadt, der Josephstadt, der Kleinseite, sowie einen Theil der Moldauinseln überschwemmt. Die Quaibauten stehen gleichfalls unter Wasser. Das Wasser steigt noch fortwährend.

Wien, 18. Februar. Die Donau ist in stetigem Steigen, seit 9½ Uhr Abends ist der Prater ganz unter Wasser, ebenso wie der Ausstellungsplatz bis zur Rotunde.

Prag, 18. Februar. Der Wasserstand ist fortwährend im Steigen und beträgt jetzt drei Meter über Normalhöhe. Die Flüsse Tepl, Wettwa, Beraun und Luznik überschwemmen die Niederungen. In Tetschen ist der Elbestand sechs Meter über Null.

Paris, 18. Februar. Der Gerant des Journals „Republique Française" wurde wegen eines Buffet beleidigenden Artikels zu einmonatlicher Gefängnißstrafe und 2000 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

Madrid, 18. Februar. Die Regierungstruppen nahmen Arroniez und Arellano (in der Nähe Estella's) und Mocantin Aberin ein. General Tassara bombardirt Estella von Villatuerta aus. Die Carlistenjunta flüchtete von Guipuzcoa auf französisches Gebiet. Ein Spezial-Korrespondent der „Köln. Ztg." meldet aus San Sebastian von Freitag Nachmittags: Die Regierungstruppen nahmen soeben die Höhen um Mendizorrotz und Arratsain, die letzten San Sebastian bedrohenden Carlistenbatterien. In der Stadt hört man Glockengeläute und Musik.

Vermischtes.

* **Ueber eingetretenes Hochwasser** wird unterm 18. d. telegraphisch gemeldet: Frankfurt a. M.: Das eingetretene Hochwasser ist noch im Steigen und hat den Quairand am Fahrthor bereits überschritten. Nürnberg: Das Hochwasser hat in der vergangenen Nacht eine Höhe erreicht, wie sie seit dem Jahre 1849 noch nicht wieder erreicht war. Der Verkehr zwischen den beiden Ufern des Flusses ist nur an einer Stelle möglich, sämmtliche übrigen Uebergänge sind gesperrt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 18. Februar, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Günstig. Spekulationspapiere u. Anlagewerthe höher umgesetzt. Privatdiskont 2¾ pCt.

(Schlußkurse.) Londoner Wechsel 204,50. Pariser Wechsel 81,30. Wiener Wechsel 176, 15. Franzosen*) 254¼. Böhm. Westb. 162¾. Lombarden*) 100½. Galizier 172. Elisabethbahn 144¾. Nordwestbahn 123. Kreditaktien*) 157¼. Russ. Bodenkr. 85⅜. Russen 1872 98⅞. Silberrente 64¾. Papierrente 60⅜. 1860er Loose 113⅞. 1864er Loose 295, 00. Amerikaner de 1885 102⅛. Deutsch-österreich. 90½. Berliner Bankverein 77. Frankfurter Bankverein —. do. Wechslerbank 76⅞. Bankaktien —, —. Meininger Bank 75. Hahn'sche Effektenbank —. Darmstädter Bank 113¼. Hess. Ludwigsb. 98½. Oberhessen 73. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 156⅞, Franzosen 253⅞, Lombarden 101, Reichsbank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 18. Februar. Bahnen anhaltend günstig. Spekulationspapiere in fester Tendenz. Valuta flau.

[Schlußcourse.] Papierrente 68, 55. Silberrente 73, 60. 1854er Loose 106, 75. Bankaktien —, —. Nordbahn 1825. Kreditaktien 176, 80. Franzosen 288, 00. Galizier 195, 50. Nordwestbahn —, —. do. Lit. B. 54, 50. London 114, 75. Paris 45, 60. Frankfurt 56, 10. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 164, 25. 1860er Loose 111, 50. Lomb. Eisenbahn 115, 00. 1864er Loose 136, 00. Unionbank 74, 20. Anglo-Austr. 89, 90. Austro-türkische —, —. Napoleons 9, 19. Dukaten 5, 39½. Silberkoup. 103, 30. Elisabethbahn 163, 70. Ungarische Prämienanleihe 74, 20. Deutsche Reichs-Banknoten 56, 60. Türkische Loose 25, 75. — Abends. Abendbörse. Kreditaktien 178, 40, Franzosen 287, 50, Galizier 196, 25, Anglo-Austr. 90, 80, Unionbank 74, 75, Lombarden 116, 25, Egypter —, —, ungarische Kredit —, Napoleons 9, 19. Günstig.

London, 18. Februar, Nachmit. 4 Uhr. Konsols 94¼. Italien. 5proz. Rente 71⅛. Lombarden 10⅛, 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9½. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9⅝. 5proz. Russen de 1871 99⅜. 6proz. Russ. de 1872 99⅛. Silber 54⅛. Türk. Anleihe de 1865 20 11/16. 5proz. Türken de 1869 24¼. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105¾. do. 5proz. fundirte 106¼. Oesterreich. Silberrente 64. Oesterreich. Papierrente 60¼. 6 prozentige ungarische Schatzbonds 92¼. 6 prozentige ungarische Schatzbonds II. Emission 90⅛. Spanier 19¾. 5proz. Peruaner 36⅛. — Wechselnotirungen: Berlin 20, 64. Hamburg 3 Monat 20, 64. Frankfurt a. M. 20, 64. Wien 11, 75. Paris 25, 42. Petersburg 30½. —

Platzdiskont 3⅝ Prozent. — In die Bank flossen heute —,— Pfd. Sterl.

Paris, 18. Februar, Nachm. 3 Uhr. Fest und belebt. [Schlußkurse.] 3prozentige Rente 67, 85. Anleihe de 1872 105, 30. Italienische 5prozent. Rente 71, 40. Italienische Tabaksaktien —, —. Ital. Tabaksoblig. —, —. Franzosen 622, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 255, 00. Lombard. Prioritäten 236, 00. Türken de 1865 20, 60. Türken de 1869 130, 00. Türkenloose 58, 00. Kredit mobilier 202, Spanier exter 19,68, do. inter 17,68. Peruaner —. Societe generale 542, Egypter 328, Suezkanal-Aktien 773, Banque ottomane 446.

Produkten-Course.

Danzig, 18. Februar. Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft. Wind: Ost.

Weizen loco in ziemlich guter Zufuhr fand heute wohl in den feineren Gattungen einige Kauflust zu gestrigen Preisen, doch war das Geschäft in den Mittelgattungen gedrückt und matt; man mußte sich dazu bequemen etwas billigere Preise als gestern zu nehmen. 300 Tonnen sind verkauft und ist bezahlt für Sommer- 124, 131 Pfd. 188 M., 135 Pfd. 190 M., ordinär — — Pfd. roth 132 Pfd. 196 M., bezogen aber hell — Pfd. — M., grau glasig 125, 126—7 Pfd. 200 M., hellfarbig 126—7 Pfd. 201 M., 129 Pfd. 202, 203 M., hochbunt glasig 130—1, 132, 134 Pfd. 205, 206 M., fein 133—4 Pfd. 209 M. per Tonne. Termine fest gehalten, April-Mai 202 M. bez., Mai-Juni 205 M. Br., Juni-Juli 205 M. Gd. Regulirungspreis 198 M.

Roggen loco matter, 123—4 Pfd. 151 M., 125 Pfd. — M., 126 Pfd. ist zu 154 M., 127 Pfd. 156 M., russischer 118 Pfd. 140 M., inländischer 124 Pfd. 151 M., 127 Pfd. 154 M. per Tonne für 35 Tonnen bezahlt. Termine unbeachtet, April-Mai 145 M. Br., Mai-Juni inländischer 150 M. Br., 148 M. Gd. Regulirungspreis 145 M. — Gerste loko kleine 102—3 Pfd. ist zu 133, 134 M., 109—110 Pfd. — M., 111 Pfd. — große 112 Pfd. 158 M. per Tonne verkauft. — Lupinen loko blaue zu 100 M. per Tonne verkauft. — Kleesaat loko grüne mit — M., weiße abfallende Qualität 116 M., rothe brachte 102 M. per Tonne. — Spiritus loko nicht zugeführt.

Bremen, 18. Februar. Petroleum. (Schlußbericht) Standard white loco 12, 15, pr. Februar 12, 00, pr. März 11, 75, pr. April 11, 50. Ruhig.

Köln, 18. Februar, Nachm. 1 Uhr. Weizen matt, hiesiger loco 20, 50, fremder loko 21, 00, pr. März 19, 35, pr. Mai 10, 95. Roggen matt, hiesiger loko 15, 25, pr. März 14, 35, pr. Mai 14, 55. Hafer still, loco 17, 50, pr. März 17, 00. Rüböl flau, loko 34, 60, pr. Mai 33, 90, pr. Oktober 33, 80. — Wetter: Milde.

Hamburg, 17. Februar, Nachm. Weizen loko matt, auf Termine still. Roggen loko und auf Termine matt. Weizen pr. Febr. 197 Br., 196 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 202 Br., 201 Gd. Roggen pr. Februar 147 Br., 146 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 150 Br., 149 Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rüböl matt, loco 68, pr. Mai 66¼, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 65. Spiritus matt, pr. Februar 34¾, pr. März-April 35¼, pr. Mai-Juni 36, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pCt. 36¾. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loko 13, 10 Br., 13, 00 G., pr. Februar 12, 90 Gd., pr. August-Dezbr. 12, 00 Gd. — Wetter: schön.

London, 16. Februar, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 23,620, Gerste 7160, Hafer 16,390 Qtrs. — Weizen ungefähr zu den letzten Montagspreisen gehandelt. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft nominell unverändert. — Wetter: prachtvoll.

Die Getreidezufuhren vom 5. bis zum 11. Februar betrugen: Engl. Weizen 6525, fremder 26,892, englische Gerste 3667, fremde 133, engl. Malzgerste 25,274, fremde —, engl. Hafer 746, fremder 54,092 Qrts. Engl. Mehl 17,956 Sack, fremdes 2467 Sack und 3856 Faß.

Liverpool, 18. Februar. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Umsatz 8,000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Matt. Ankünfte theilweise billiger. Middling Orleans 6⅝, middling amerikan. 6 5/16, fair Dhollerah 4 5/16, middl. fair Dhollerah 4, good middling Dhollerah 3¾, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4, fair Broach 4¾, new fair Domra 4 5/16, good fair Domra 4¾, fair Madras 4 7/16, fair Pernam 7⅛, fair Smyrna 5¾, fair Egyptian 6½.

Upland nicht unter low middling April-Mai-Lieferung —. Januar-Verschiffung per Segler 6¼, Mai Juni-Lief. 6⅜ d.

Manchester, 18. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7¾, 20r Water Nicholls 9½, 30r Water Gidlow 10⅞, 30er Water Clayton 11¼, 40er Mulle Mayoll 10⅝, 40r Medio Wilkinson 12¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 12½, 40r Double Weston 12, 60er Double Weston 15½, Printers 16/16, 34/50 8½ Pfd. 114. Markt ruhig.

Glasgow, 18. Februar. Roheisen. Mixed numbers warrants 60 Sh. 9 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 7994 Tons gegen 7792 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Leith, Mittwoch 17. Februar, Nachm. (Von Cochrane, Paterson, u. Comp.) Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 1091, Gerste 1293 Tons, Erbsen — Tons. Mehl 3110 Sack. In Weizen nur Detail-Geschäft zu vollen Mittwochpreisen. Frühjahrsgetreide ruhig, Mehl unverändert.

Amsterdam, 18. Februar, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen loko geschäftslos, auf Termine fest, pr. März 270, pr. Mai 277. Roggen loko unverändert, auf Termine flau, pr. März 173, per Mai 179, pr. Juli 180. Raps pr. Frühjahr 380, per Herbst 393 Fl. Rüböl loco 38, per Mai 37½, pr. Herbst 37¾. — Wetter: schön.

Produkten-Börse.

Berlin, 18 Februar. Wind: SW. Barometer 27,10 Thermometer + 6° R. Witterung: bedeckt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 175—213 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, Febr.-März —, April-Mai 193,50—194—193,50 bz., Mai Juni 197,50—198—197,50 bz., Juni-Juli 201—201,50—201 bz., Juli August 204,50—204 bz., Sept.-Okt. 206—205,50 bz. — **Roggen** loko per 1000 Kilgr. 146—160 Rm. nach Qual. gef., russ. 146—149, polnisch 149,50—150,50, inländ. 156—158 ab Bahn bz., per diesen Monat 150 bz., Febr.-März do., Frühjahr 149—150—149,50 bz., Mai-Juni 148—149 bz., Juni-Juli do., Juli-August do. — **Gerste** loko per 1000 Kilogr. 132—178 Rm. nach Qual. gef. — **Hafer** loko per 1000 Kilogr. 135—180 Rm. nach Qual. gef., ost- u. westpr. 150—176, pomm. und meckl. 170—178, russ. 150—175 böhm. 168—178 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Frühjahr 161,50 bz., Mai-Juni 162,50 bz. — **Erbsen** per 1000 Kilo Kochwaare 172—210 Rm. nach Qual., Futterwaare 165—170 Rm. nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilgr. —. — **Rübsen** —. — **Leinöl** per 100 Kilgr. loko ohne Faß 58 Rm. — **Rüböl** per 100 Kilgr. loko ohne Faß 63 Rm. bz., mit Faß —, per diesen Monat 64 bz., Febr.-März do, April-Mai 64,5—64 bz, Mai-Juni 64,8—64,3 bz., Sept. Okt 64,3—64 bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Faß loko 29,5 Rm. bz. per diesen Monat 28 bz., Febr.-März do., Sept.-Okt 25 B. — **Spiritus** per 100 Liter à 100 pCt. loko ohne Faß 44,4 Rm. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 45,3 bz., Febr.-März do., April-Mai 46,3—46,1—46,4 bz., Mai-Juni 46,7—46,9 bz., Juni Juli 48—48,2 bz., Juli-August 49,2—49,5 bz., Aug.-Sept. 50,2—50,5 bz. — **Mehl** Weizenmehl Nr. 0 27—26, Nr. 0 u. 1 25,50 24 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22 Rm., Nr. 0 u. 1 21—19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 20,75 Rm. bz., Febr.-März 20,80 bz., März-April —, April-Mai 20,95 bz., Mai-Juni 21 bz., Juni-Juli 21,10 bz., Juli-August do (B.- u. H.-Z.)

Breslau, 18. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] — **Kleesaat**, rothe, fest; ordinär 46—49, mittel 52—55, fein 57—60, hochfein 62—64 — **Kleesaat**, weiße wenig zugeführt; ordin. 50—56. mittel 60—66, fein 70—75, hochfein 77—82 — **Roggen** (per 2000 Pfd.) niedriger, abgel. Kündigungsschein —, per Febr. u. Febr.-März 143 B., April-Mai 146—145,50 bz. u. G., Mai-Juni 147,50 B., Juni-Juli 150 bz., Juli-August —. — **Weizen** 183 B., per April-Mai 186 B., Mai-Juni 189 B. — **Gerste** 144 B. — **Hafer** 160 B., April-Mai 158 B. u. G. — **Raps** 315 B. — **Rüböl** still, loko 66 B., per Febr. u. Febr.-März 64 B., April-Mai 63 bz., Mai-Juni 64 B., Sept.-Okt 63,50 B. — **Spiritus** wenig verändert, loko 44,50 G., per Febr. u. Febr.-März 44,50 B., April-Mai 45,30 B., Mai Juni 46 bz., Juni-Juli 47 G., Juli-August 48 G., August-Sept 49 G. — **Zink** fest, ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission. (Br. H.-B.)

Stettin, 18 Februar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Regnig. Therm. + 4° R. Barometer 28, 1. Wind: S.

Weizen niedriger, per 2000 Pfd loko gelber 156—188 M., weißer 180—195 Mk per Frühj. 195,50—193—194 M. bez., Mai-Juni 198 bis 197,50—198 Mk. bez., Juni-Juli 201 Mk. bez., Juni-Juli 201 M. bez, Juli-Aug. 205—204 M. bez. u. Gd., Sept.-Okt. 208—207 bez. **Roggen** wenig verändert, per 2000 Pfd loko inländischer 150—154 M., russischer 140—146 Mk, Frühjahr 143,50—143 M. bez., Mai-Juni und Juni Juli 143 M. Br. u. Gd, Juli-Aug. 144 M. Br., Sept.-Okt. 145 Mk. bez. u. Gd. **Gerste** matt, per 2000 Pfd loko 156—164 Mk. Futter- 130—145 Mk **Hafer** unverändert, per 2000 Pfd. loko 164—167 M., pr. Frühjahr 161 Mk. Gd. **Erbsen** und **Mais** ohne Handel. **Winterrübsen** matt, per 2000 Pfd. pr. April-Mai 312 M. nom., Sept.-Okt. 290 Mk. nom. **Rüböl** matt, per 200 Pfd. loko flüssiges ohne Faß 65 Mk. Br., Febr.-März 64 M. Br, April-Mai 64,25 Mk. bis 63,75 M. bez, Mai-Juni 64,50 M. Br., Sept.-Okt. 64 M. Br. **Spiritus** matter, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 44,40 Mk. bz., per Febr. 45 Mk. nom., Frühjahr 46,20—46 Mk. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 46,80—46,60 M. bez. u. Gd., Juni-Juli 48,80 Mk. Br. u. Gd., Juli-August 48,80 M. Br. u. Gd., Aug.-Sept 50 Mk. bez. u. Br. **Angemeldet**: Nichts. **Regulirungspreis** für Kündigungen: Rüböl 64 Mk. Spiritus 45 M. **Petroleum** matter, loko 13,60 M. bz., Regulirungspreis 13,60 Mk., per Febr. 13,50 M. bez., 13,60 M. Br., Sept.-Okt. 11,60 M. Br.

(Ostf.-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm	Wind.	Wolkenform.
18. Febr.	Nachm. 2	27" 7''' 79	+ 1°9	SO 1	bedeckt, Ni.
18 „	Abnds. 10	27" 7''' 23	+ 2 0	SO 0	bedeckt, dicht Nb.
19. „	Morgs. 6	27" 4''' 68	+ 2°8	SW 0-1	trübe, St., Cu.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. Februar 12 Uhr Mittags 1,60 Meter.
„ „ 18. „ „ „ „ 1,73 „

Berlin, 18 Februar. Die Meldungen von außerhalb hatten sich im Allgemeinen der gestern hier vorherrschenden Festigkeit angeschlossen. Dennoch trat heute Anfangs eine kleine Abschwächung hervor; die Spekulation versuchte zu realisiren. Da aber Käufer zu herabgesetzten Notirungen zurückhaltend waren und Verkäufer keine größeren Konzessionen machen wollten, so stockte das Geschäft, und die Course vermochten sich langsam zu erholen. Doch fehlte auch im weiteren Verlaufe des Verkehrs jede Regsamkeit. Kredit-Aktien und Diskonto-Kommandit-Antheile, Lombarden und Laurahütte hoben sich schnell über ihre gestrigen Notirungen, Franzosen und andere Spielpapiere folgten nach. Doch an thatsächlichen Gründen für diese Besserung fehlte es. Nur ist die Meinung im Allgemeinen günstig; man sieht keinen Grund zu Rückgängen und Besorgnissen und hofft, daß die Emissions-Institute für eine Besserung der Stimmung eintreten, da verschiedene Anleihen in nächster Zeit unterzubringen sein werden. Auch der Geldmarkt liegt recht günstig. Der neueste Ausweis der Reichsbank zeigt bei einer abermaligen bedeutenden Zunahme der steuerfreien Noten-Reserve eine Abnahme der Kredit-Forderungen im Lombard- und Wechselverkehre um mehr als 17½ Millionen Mark, doch blieben diese Ziffern unbeachtet, da man an eine gleiche Entwickelung des Geldmarktes bereits seit Wochen gewöhnt ist. Rheinisch-westfälische Bahnen lagen fest, aber ruhiger als an den letzten Tagen. Halberstädter und Potsdamer, Berlin-Dresdener, Hannover-Altenbekener und Märkisch-Posener belebt; Rumänen und Galizier belebt und steigend. Oesterreichische Devisen beliebt. Von Banken fanden Beachtung Preußische Bodenkreditbank und Hypotheken-Bank, Englische Wechslerbank, Mecklenburgische Hypotheken-Institute und Deutsche Handelsbank. Bergwerke still und ziemlich fest. Industriewerthe ruhig, Oberschlesischer und Görlitzer Eisenbahnbedarf, Südend, Linden-Bauverein und Westfälische Union beachtet. Anlagewerthe fest und still. Renten wenig verändert, Prioritäten ruhig, österreichisch-ungarische beliebt. Die Preußische Hypotheken-Aktienbank (Spielhagen) wird in der, auf den 11. März einberufenen Generalversammlung für 1875 die Vertheilung einer Dividende von 12¾ pCt. vorschlagen. Der Reservefonds wird um 10,000 Mk. erhöht und es kommen aus den einzelnen Provisions-Gewinnen unter Hinzurechnung der von den Hypotheken-Schuldnern zu zahlenden Geschäfts-Unkosten-Beiträgen etwa 900,000 Mk. in Vortrag. Die feste Haltung behauptete sich bis zum Schluß. — Per Ultimo notiren wir: Franzosen 506,8, Lombarden 199—202, Kreditaktien 310,50—314, Reichsbank 159½, Diskonto-Kommandit-Antheile 125¾—7⅛—127. Laurahütte 57,75—59,25, Koburger Kredit gewann 2¾, Preußische Bodenkredit 1, Bochumer verloren 2.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 18. Februar 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10 bz G
Staats-Anleihe	4	99,50 bz
Staats-Schldsch.	3½	93,25 bz
Kur- u. Nm. Sch	3½	92,50 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,50 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	101,50 bz
do. do	3½	92,50 G
Cöln. Stadt-Anl.	4½	99,80 bz
Rheinprovinz do.	4½	101,60 B
Schldv. d. B. Kfm.	5	100,90 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,80 bz
do.	5	106,50 bz
Landsch. Central	4	95,25 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	86,10 G
do. neue	3½	84,25 bz
do.	4	95,00 bz
do. neue	4½	104,00 B
N. Brandbg. Cred.	4	95,00 bz
Ostpreußische	3½	85,40 G
do.	4	95,60 bz
do.	4½	102,25 bz
Pommersche	3½	84,40 G
do.	4	95,00 bz
do.	4½	102,70 bz
Posensche, neue	4	94,90 bz
Sächsische	4	96,00 G
Schlesische	3½	
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	96,30 G
Westpr. rittersch.	3½	84,00 B
do.	4	94,60 bz
do.	4½	101,75 bz
do. II. Serie	5	106,75 bz G
do. neue	4	96,50 bz
do.	4½	102,00 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	98,00 bz
Pommersche	4	97,20 bz
Posensche	4	97,00 B
Preußische	4	97,00 bz
Rhein- u. Westfäl	4	98,70 bz
Sächsische	4	99,25 bz
Schlesische	4	97,10 bz
Souvereigens		20,37 bz G
Napoleonsd'or		
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		1394,00 G
Fremde Banknot.		99,83 G
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		
Oesterr. Banknot.		176,75 bz
do. Silbergulden		184,25 bz
do. ¼ Stücke		
Russ. Noten		264,45 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	132,00 bz B
Hess. Prsch a 40 th.	—	258,00 G
Bad. Pr.-A. v. 67	4	123,00 bz G
do. 35fl.-Obligat.	—	142,80 bz G
Bair. Präm.-Anl.	4	125,30 bz B
Brschw. 20thl.-L.	—	83,75 bz G
Brem Anl. v. 1874	4½	101,20 B
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	109,00 bz B
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	118,50 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	109,50 bz
do. II. Abth.	5	106,00 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	174,50 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	173,25 bz G
Mecklb. Eisenbsch.	3½	90,00 B
Meininger Loose	—	20,30 bz G
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,50 B
Oldenburg. Loose	3	137,75 G
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	102,90 bz
do. do.	4½	96,00 G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,30 bz
Nrdd. Grdcr.-H. A	5	101,25 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,50 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	105,50 G
do. II. IV. rz. 110	5	102,00 bz
Pomm III. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	99,25 G
do. unk. rückz. 110	5	103,50 bz G
do. do. 100	5	101,00 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,20 bz
do. unk. rückz. 110	5	106,25 bz
do. (1872 u. 74)	4½	98,50 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,50 bz
do. (1874)	5	101,50 bz
Pr. Hyp.-A.-B 120	4½	99,00 bz G
do. do.	5	99,80 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	100,25 bz
do. do.	4½	94,00 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	101,00 bz
do. do.	4½	98,00 bz G
Kruppsche Oblig.	5	100,75 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	105,25 bz B
do. do. 1885	6	102,90 B
do. Bds. (fund.)	5	101,90 bz G
Norweg. Anl.	4½	97,40 bz
New-Yrk. Std.-A	7	103,75 bz G
do. Goldanl.	6	101,75 bz
New Jersey	7	
Oest. Pap.-Rente	4⅕	60,30 bz
do. Silb.-Rente	4⅕	64,60 bz
do. 250 fl. 1854	4	106,50 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	336,75 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	113,70 bz
do. do. v. 1864	—	297,00 bz
Ung. St.-Eisb.-A.	5	72,80 B
do. Loose	—	165,75 G
do. Schatzsch. I.	6	93,25 G
do. do. kleine	6	93,70 bz
do. do. II.	6	92,00 bz B
Italienische Rente	5	71,75 bz
do. Tabak-Obl.	6	100,50 bz
do. do. Actien	6	514,00 B
Rumänier	8	104,00 B
Russ. Nicol. Obl	4	
do. Centr.-Bod.	5	90,00 B
do. Engl A. 1822	5	100,25 G
do. do. A v. 1862	5	98,70 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	70,00 G
Russ fund. A. 1870	5	102,00 bz G
Russ. cons. A 1871	5	99,00 bz G
do. do. 1872	5	99,30 bz
do. do. 1873	5	99,00 bz G
do. Bod. Credit	5	85,60 bz G
do. Pr.-A. v. 1864	5	179,75 bz B
do. do. v. 1866	5	179,75 bz
do. 5. A. Stiegl	5	82,20 G
do. 6 do. do.	5	97,50 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	86,50 G
do. do. kleine	4	84,50 bz B
Poln. Pfdb. III. E.	4	
do. do.	5	77,30 bz G
do. Liquidat.	4	68,25 G
Türk. Anl. v. 1865	5	20,25 G
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	45,50 bz G

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 109 fl. 1 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	176,45 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	175,30 bz
Petersb. 100 R 3 W.	263,80 bz
do. 100 Rub. 3 M.	260,90 bz
Warschau 100 R. 8 T.	263,75 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. —, Hamburg —, Leipzig —, London 4, Paris —, Petersburg 5½, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Actien.

Badische Bank	4	103,90 bz G
Bk. f. Rheinl u. Westf.	4	64,00 bz G
Bk. f. Sprit- u. Pr H.	4	61,00 bz G
Berliner Bankverein	4	76,40 bz
do. Comm.-B. Sec	4	64,00 bz
do. Handels Ges.	4	89,25 G
do. Kassen-Verein	4	182,00 bz
Breslauer-Disc.-Bk.	4	64,60 bz
Centralbk. f. Bauten	4	20,00 bz G
Centralbk. f. Ind. u. H.	4	68,00 bz G
Cent.-Genossensch. B.	fr.	90,00 bz G
Chemnitzer Bank-V.	4	78,25 G
Coburger Credit-V.	4	66,00 bz
Cöln. Wechslerbank	4	74,75 G
Danziger Bank Ver.	fr.	55,25 G
Danziger Privatbank	4	113,60 G
Darmstädter Bank	4	112,00 bz
do. Zettelbank	4	92,75 B [G
Dessauer Creditbank	4	10,60 G 77,00
do. Landesbank	4	111,90 bz B
Deutsche Bank	4	79,90 bz
do. Genossensch.	4	90,B 95,50 G
do. Hyp.-Bank	4	93,10 G
do. Reichsbank	fr.	
do. Unionbank	4	78,00 bz G
Disconto-Comm.	4	127,00 bz
do Prov.-Discont	4	75,50 G
Geraer Bank	4	85,50 G
do. Creditbank	4	52,00 bz G
Gew.-B. H. Schuster	4	14,50 bz
Gothaer Privatbank	4	90,75 G
do. Grundcreditbk	4	106,00 G
Hypothek. (Hübner)	4	126,50 G
Königsb. Vereinsbank	4	84,00 G
Leipziger Creditbank	4	121,00 G
do. Discontobank	4	72,00 G
do. Vereinsbank	4	85,00 bz
do. Wechselbank	4	67,50 B
Magdeb. Privatbank	4	104,50 G
Mecklenb. Bodencredit	4	72,75 bz G
do. Hypoth. Bank	4	68,00 bz B
Meininger Creditbank	4	75,10 bz G
do. Hypothekenbk	4	99,10 G
Niederlausitzer Bank	4	78,50 G
Norddeutsche Bank	4	126,75 G
Nordd. Grundcredit	4	101,00 bz G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	4	90,00 G
Ostdeutsche Bank	fr.	81,50 G
Posener Spritactien.	4	37,00 G
Petersb. Discontobank	4	104,00 bz G
do. Intern. Bank	4	99,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	60,00 G
Posener Prov.-Bank	4	95,25 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden Credit	4½	100,25 bz G
do. Centralboden.	4	117,00 bz G
do. Hyp. Spielh.	4	120,75 bz G
Product. Handelsbank	4	86,00 bz G
Provinz. Gewerbebk.	4	34,90 bz
Rittersch. Privatbank	4	123,00 G
Sächsische Bank	4	118,40 B
do. Bankverein	fr	92,25 G
do. Creditbank	4	83,50 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	72,50 bz G
Schles. Bankverein	4	82,50 G
Schles. Vereinsbank	4	87,90 B
Südd. Bodencredit	4	110,25 bz
Thüringische Bank	4	73,25 bz
Vereinsbank Quistorp	fr.	9,25 bz G

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	97,00 G
Dannenb. Kattun	4	19,10 G
Deutsche Bauges.	4	50,75 G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	12,90 bz G
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	2,20 G
Donnersmarckhütte	4	20,00 bz B
Dortmunder Union	4	9,50 bz B
Egell'sche Masch Act.	4	15,50 bz G
Erdmannsd. Spinn	4	20,00 bz G
Flora f. Charlottenb.	4	13,75 bz B
Frist u. Roßm. Nähm.	4	44,00 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	107,75 bz G
Georg Marienhütte	4	77,00 bz
Hibernia u. Shamr.	4	41,90 bz
Immobilien (Berl.)	4	83,00 B
Kramsta, Leinen F.	4	86,25 bz G
Lauchhammer	4	19,50 G
Laurahütte	4	59,00 bz
Luise Tiefbau-Bergw.	4	33,90 bz
Magdeburg. Bergw.	4	115,00 bz B
do. Spritfabrik	4	20,00 bz B
Marienhütte Bergw.	4	66,10 B
Massener Bergwerk	4	31,00 bz G
Menden u. Schw. B.	4	53,25 B
Oberschles. Eis.-Bed	4	28,00 bz G
Ostend	4	10,00 G
Phönix B.-A. Lit. A.	4	49,00 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	42,00 bz G
Redenhütte	4	4,30 bz G
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	91,00 B
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	19,75 G
Stobwasser Lampen	4	57,00 bz
Union Eisenwerk	4	11,20 bz
Unter den Linden	4	18,50 bz G
Wäsemann Bau V.	4	35,75 bz
Westend (Quistorp)	fr.	5,10 G
Wissener Bergwerk	4	32,50 B 13 G
Wöhlert Maschinen	4	22,00 bz G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	27,40 bz
Altona-Kiel	4	112,75 bz
Bergisch-Märkische	4	81,00 bz
Berlin-Anhalt	4	106,80 bz
Berlin-Dresden	5	29,40 bz
Berlin Görlitz	4	34,50 bz B
Berlin Hamburg	4	172,50 bz
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl.-Potsd. Magdeb.	4	77,90 bz
Berlin-Stettin	4	127,50 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	80,30 bz
Cöln-Minden	4	98,40 bz
do. Litt. B.	5	96,20 bz
Halle-Sorau-Guben	4	13,00 bz B
Hann.-Altenbeken	4	18,25 bz
do. II Serie	4	
Märkisch Posener	4	23,50 bz
Magd.-Halberstadt	4	56,70 bz B
Magdeburg-Leipzig	4	204,25 bz
do. do. Litt. B.	4	94,00 bz G
Münster-Hamm	4	98,00 B
Niederschles.-Märkisch	4	98,30 bz G
Nordhausen Erfurt	4	35,75 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	139,70 bz
do. Litt. B.	3½	130,25 G
do. Litt. E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	28,25 bz
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder Uferbahn	4	104,50 bz B
Rheinische	4	115,25 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,00 bz B
Rhein Nahebahn	4	16,80 bz G
Stargard-Posen	4½	101,25 bz
Thüringische	4	114,25 bz G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,50 bz G
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	99,75 G
Weimar-Geraer	4½	48,90 bz
Albrechtsbahn	5	21,00 bz G
Amsterdam Rotterd.	4	112,00 bz
Aussig Teplitz	4	119,50 bz G
Baltische	3	
Böhm. Westbahn	5	81,20 bz G
Brest-Grajewo	4	27,00 bz G
Brest-Kiew	4	52,75 bz
Dux-Bodenbach	4	13,70 bz G
Elisabeth-Westbahn	5	72,25 bz G
Kaiser Franz Joseph	5	62,70 bz G
Galiz. Karl Ludwig)	5	86,50 bz B
Gotthard Bahn	6	52,60 bz B
Kaschau-Oderberg	5	53,60 bz G
Ludwigsh.-Bexbach	4	176,75 bz B
Lüttich Limburg	4	24,50 bz G
Mainz-Ludwigsburg	4	98,10 bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	72,90 G
Oestr. frz Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	249,00 bz G
do. Litt. B.	5	98,75 bz G
Reichenb. Pardubitz	4½	59,50 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	55,75 bz G
Rjask Wyas	5	
Rumänier	4	27,40 bz
Russische Staatsbahn	5	103,70 bz G
Schweizer Unionbahn	4	9,00 bz G
Schweizer Westbahn	4	17,40 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	200,00 bz
Turnau Prag	4	46,90 bz
Vorarlberger	5	49,00 bz B
Warschau Wien	4	203,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg Zeitz	5	
Berlin Dresden	5	78,50 bz G
Berlin-Görlitzer	5	65,00 bz G
Berliner Nordbahn	fr.	1,20 bz
Breslau Warschau	5	29,60 bz
Chemn.-Aue-Adorf	5	28,25 bz G
Crefeld K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	18,00 bz G
Halle Sorau-Guben	5	24,75 bz
Hannover-Altenbek.	5	33,00 bz G
do. II. Serie	5	
Leipz. Gaschw.-Ms.	5	80,50 G
Märkisch Posen	5	66,50 bz G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	61,50 bz G
do. do C.	5	87,85 bz
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	38,00 bz
Oberlausitzer	5	39,50 bz G
Ostpreuß. Südbahn	5	72,00 bz G
Rechte Oderufer-Bahn	5	108,00 bz B
Rheinische	4	
Rumänische	8	83,75 bz
Saalbahn	5	27,40 bz
Saal-Unstrutbahn	5	15,00 bz B
Tilsit-Insterburg	5	71,00 G
Weimar-Geraer	5	29,75 bz B

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	97,90 B
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	3½	
do. III. v. St. g.	3½	85,40 bz B
do. do. Litt. B.	3½	85,40 bz B
do. do. Litt. C.	3½	76,25 bz G
do. IV.	4½	
do. V.	4½	97,50 bz
do. VI	4½	97,50 bz
do VII.	5	102,70 bz
Aachen-Düsseldorf I	4	
do. do. II	4	
do. do III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortmd.-Soest	4	
do. do. II	4½	96,00 G
do. Nordb. Fr. W.	5	103,50 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	100,50 bz
do. Litt. B.	4½	100,50 bz
Berlin-Görlitz	5	
do. do.	4½	92,50 bz
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II	4	
do. do. III.	5	104,20 bz G
Berl.-Potsd.-M. A. B	4	
do. do. C.	4	91,50 bz B
do. do. D.	4½	96,50 B
do. do. F	4½	93,50 G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	92,70 bz
do do. III.	4	92,70 bz
do. IV. v. St. g.	4½	102,70 bz
do. VI. do.	4	92,50 G
do. VII.	4½	96,40 bz G
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	
do. do. Litt. G	4½	
do. do. Litt. H.	4½	92,50 B
do. do. Litt. I.	4	91,00 bz
Cöln-Minden IV.	4	92,75 B
do. do. V.	4	90,50 G
do. do. VI.	4½	95,25 bz G
Halle-Sorau Guben	5	97,90 bz G
do. do. II.	5	96,10 bz
Hannov.-Altenbek. I.	4½	94,00 bz
do. do. II.	4½	
do. do. III	4½	86,75 bz G
Märkisch-Posener	5	102,50 B
Magdeb.-Halberstadt	4½	97,00 G
do. do. de 1865	4½	95,75 bz B
do. do. de 1873	4½	92,75 G
do. Leipzig de 1867	4½	99,50 G
do. do. de 1873	4½	92,75 G
do. Wittenberge	3	73,00 G
do. do.	4½	97,25 G
Niederschles.-Märk. I.	4	97,00 G
do. II a 62½ thlr.	4	96,00 G
do. Obl. I. u. II	4	97,00 G
do. do. III. conv.	4	96,50 G
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	
do. F.	4½	101,00 G
do. G.	4½	99,00 B
do. H.	4½	101,25 B
do. v. 1869	5	103,75 bz B
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	97,25 bz G
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	103,75 G
do. Niedsch. Zwgb.	3½	76,50 bz
do. Starg. Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	5	102,50 G
do. Litt. B.	5	102,00 B
do. Litt. C.	5	102,00 B
Rechte-Oder-Ufer	5	
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. von 1858, 60	4½	99,50 bz B
do. von 1862, 64	4½	99,00 B
do. v 1865	4½	99,00 B
do. 1869, 71, 73	5	102,90 G
do. v. 1874	5	103,00 B
Rh.-Nahe. v. St. g.	4½	102,25 G
do. II. do.	4½	102,25 G
Schlesw.-Holstein.	4½	98,75 G
Thüringer I.	4	93,25 G
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. V.	4½	99,50 bz B
do. VI.	4½	99,00 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	77,00 bz G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	86,40 bz G
do. do. II.	5	85,00 bz G
do. do. III.	5	82,80 bz
do. do. IV.	5	82,25 G
Lemberg-Czernow. I.	5	69,70 bz G
do. II.	5	72,50 bz B
do. III.	5	65,20 bz G
do. IV.	5	62,75 bz G
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	25,00 G
Mainz-Ludwigshafen	5	102,40 B
do. do.	4½	98,75 B
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	321,50 B
do. Ergänzungsn.	3	310,50 bz
Oesterr. Franz. Stsb.	5	97,50 G
do. II. Em.	5	97,50 G
Oesterr. Nordwestb.	5	80,80 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	65,60 G
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	72,80 bz G
do. do. 1869	5	70,75 bz
do. do. 1872	5	70,75 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	78,70 bz G
Reichenb. Pardubitz.	5	78,50 bz G
Südösterr. (Lomb.)	3	238,50 bz G
do. do. neue	3	238,25 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	101,25 G
do. do. 1877	6	102,25 G
do. do. 1878	6	104,00 G
do. do. Oblig.	5	81,80 bz G
Baltische, gar.	5	88,00 G
Brest-Grajewo	5	79,25 bz G
Charkow-Asow. g.	5	97,00 bz
do. in Lstr. a 20.40	5	94,75 bz
Charkow.-Krementsch.	5	96,50 bz
Jelez Orel, gar.	5	96,50 G
Jelez Woron., gar.	5	97,00 B
Koslow.-Woron.	5	99,25 bz G
Koslow.-Woron. Obl.	5	86,75 bz
Kursk. Chark. gar.	5	96,50 bz G
K. Chark.-As. (Obl.)	5	92,50 bz
Kursk.-Kiew, gar.	5	98,10 bz
Losowo Sewast	5	94,75 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	101,00 bz
Mosk.-Smolensk	5	97,25 G
Schuja Iwanowo	5	96,60 G
Warschau Teresp.	5	95,90 B
do. kleine	5	96,20 bz
Warschau-Wien II.	5	98,00 G
do. III.	5	95,75 bz
do. IV.	5	93,10 bz
Zarskoe-Selo	5	87,00 B

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.